

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 1996

Die Lage der Weltwirtschaft	679
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	688
Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland	701

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43-44/96

Berlin

Stöglin

31. Oktober 1996

63. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 24. Oktober 1996

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur war in diesem Jahr etwas stärker als im vergangenen Jahr aufwärts gerichtet. Bei insgesamt lebhaftem Wachstum in den Schwellen- und den Entwicklungsländern sowie verlangsamer Dynamik in den mittlereuropäischen Reformländern nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in den westlichen Industrieländern etwas beschleunigt zu. Die konjunkturelle Expansion in den USA zog vorübergehend leicht an, und in Westeuropa wurde die annähernde Stagnation vom vergangenen Winterhalbjahr

überwunden. In Japan kräftigte sich die Erholung trotz des starken Anstiegs des realen Bruttoinlandsprodukts zu Jahresbeginn in der Grundtendenz nur wenig. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den USA nochmals verbessert, während die Arbeitslosigkeit in Japan und in Westeuropa auf hohem Niveau verharrte. Bei wenig veränderter Kapazitätsauslastung und verhaltener Lohnentwicklung blieb der Preisauftrieb in den Industrieländern moderat. Auf den Weltrohstoffmärkten gaben die Notierungen für Industrierohstoffe deutlich nach; Rohöl verteuerte sich hingegen erheblich.

Stimulierend auf die Nachfrage in den westlichen Industrieländern wirkte der Rückgang der langfristigen Zinsen im Verlauf des Jahres 1995; für Japan und Westeuropa kam die Abwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar hinzu. Insbesondere gingen seit Frühjahr 1995 von der Geldpolitik in den meisten Ländern kräftige Impulse auf die wirtschaftliche Aktivität aus. Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunktur und der niedrigen, vielfach sogar weiter sinkenden Inflationsraten nahmen die westeuropäischen Notenbanken die Leitzinsen deutlich zurück. In der Folge beschleunigte sich die Geldmengenexpansion spürbar, und die Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen wurde größer. In Japan blieb es bei der Niedrigzinspolitik. Die amerikanische Notenbank sah sich dagegen nicht zu einer nochmaligen Lockerung veranlaßt, da die konjunkturelle Dynamik im Laufe dieses Jahres etwas stärker wurde; allerdings unterblieb wegen der moderaten Preis- und Kostenentwicklung auch die vielfach erwartete Anhebung der Leitzinsen.

Für die Industrieländer zeichnet sich kein Kurswechsel in der Geldpolitik ab. In den USA wird die Notenbank die kurzfristigen Zinsen zwar vermutlich in den nächsten Monaten geringfügig erhöhen, um ihre Stabilitätsorientierung zu unterstreichen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß 1997 weitere Zinsschritte folgen. Denn die Geldpolitik ist bereits 1994 auf einen neutralen Kurs eingeschwenkt, so daß inflationäre Übersteigerungen in nächster Zeit nicht wahrscheinlich sind. Auch in Japan wird die Notenbank wohl nur eine moderate Anhebung ihrer Zinsen vornehmen, wegen der vergleichsweise mäßigen Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage allerdings erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1997. Für Westeuropa ist zunächst verschiedentlich mit einer weiteren Senkung der Zinsen zu rechnen, insbesondere in den Ländern, in denen sie wegen der im vergangenen Jahr erfolgten Abwertung und des vorübergehend verstärkten Preisauftriebs eine Zeitlang recht hoch gehalten worden waren. Erst wenn der Aufschwung als gesichert angesehen wird, dürften einige westeuropäische Notenbanken — wohl frühestens im späteren Verlauf des kommenden Jahres — die kurzfristigen Zinsen leicht anheben, um Inflationserwartungen entgegenzuwirken. Alles in allem sind von geldpolitischer Seite die Voraussetzungen günstig, daß sich die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern zügig fortsetzt. Dies wird auch durch die niedrigen langfristigen Zinsen gestützt. Zwar waren die Kapitalmarktzinsen in diesem Jahr zunächst etwas gestiegen; sie bildeten sich dann aber wieder zurück und lagen zuletzt nur wenig höher als Ende 1995. In mehreren westeuropäischen Ländern sind sie sogar drastisch gesunken, nicht zuletzt als Folge tatsächlicher und erwarteter Fortschritte bei der Verringerung des Preisauftriebs.

Die Finanzpolitik blieb in fast allen Industrieländern auf eine Verringerung der Defizite in den öffentlichen Haushalten gerichtet. In Westeuropa wurden die Bemühungen noch intensiviert, weil in vielen Ländern die Fehlbeträge wegen der schwachen konjunkturellen Entwicklung höher

als geplant ausfielen. Auch forcieren solche EU-Mitglieder, deren Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (EWU) vor nicht allzu langer Zeit für wenig wahrscheinlich gehalten wurde, ihre Anstrengungen, sich zu qualifizieren. Vielfach wird zusätzlich mit buchungstechnischen Finessen versucht, den Referenzwert für das Defizit (3 vH bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) zu erreichen. Ebenso wie in diesem Jahr werden auch 1997 von den finanzpolitischen Maßnahmen dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur in Westeuropa ausgehen. Im Gegensatz hierzu ist die Finanzpolitik in den USA nunmehr annähernd konjunkturneutral ausgerichtet; mittelfristig wird eine allmähliche weitere Konsolidierung des Bundeshaushalts angestrebt. Die Regierung in Japan sucht die durch wiederholte Konjunkturprogramme in den Vorjahren kräftig erhöhten Defizite in den öffentlichen Haushalten zu verringern. Gleichwohl wird dieses Bemühen mit Rücksicht auf die vergleichsweise moderate Erholung wohl nicht vehement betrieben werden.

Für die Prognose wird angenommen, daß sich der Dollar bei leicht zunehmender Zinsdifferenz zwischen den USA und den meisten anderen westlichen Industrieländern weiter tendenziell aufwertet. Die Wechselkursrelationen der europäischen Währungen untereinander werden sich angesichts der in den Ländern der EU allgemein anhaltenden Anstrengungen, die Kriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen, kaum ändern. Der Ölpreis liegt nach reichlich 17 Dollar je Barrel 1995 im Durchschnitt des laufenden wie auch des kommenden Jahres bei 21 Dollar; er wird also im Verlaufe des Jahres 1997 von dem derzeit recht hohen Niveau aus zurückgehen.

Unter diesen Bedingungen wird sich in Westeuropa nach der Erholung 1996 die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im kommenden Jahr festigen. Dazu tragen vor allem die niedrigen Zinsen, aber auch die Abwertung der meisten Währungen gegenüber dem Dollar bei; hinzu kommen Nachfrageanstöße aus dem Ausland. Die fiskalischen Konsolidierungsbemühungen wirken indes dämpfend. Getragen wird der Aufschwung vom Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen sowie zunächst auch von der Erhöhung der Lagerbestände. Die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsproduktes beträgt im Durchschnitt des kommenden Jahres rund 2½ vH, nach 1½ vH 1996. Im Jahresverlauf 1997 nimmt die Auslastung der Sachkapazitäten leicht zu, die Beschäftigung beginnt zu steigen, und die Arbeitslosigkeit geht zurück, wenn auch nur geringfügig. Bei der insgesamt moderaten konjunkturellen Entwicklung ist der Kosten- und Preisauftrieb gering. In den USA wird sich bei anhaltend neutraler Geldpolitik die Expansion von Investitionen und privatem Verbrauch etwa in gleichem Maße wie 1996 fortsetzen. Der Export bleibt deutlich aufwärts gerichtet — begünstigt durch die rege Nachfrage aus Kanada, Lateinamerika und Europa, allerdings leicht belastet durch die Verteuerung des Dollar. Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt im kommenden Jahr um 2¼ vH und damit mit einer ähnlichen Rate wie das Produktionspotential. Der

Kosten- und Preisauftrieb wird trotz hoher Kapazitätsauslastung nach wie vor moderat sein. In Japan festigt sich bei den niedrigen Zinsen und nach erheblicher Reduzierung der Überkapazitäten die private Investitionsneigung. Allerdings ist die Expansion der Binnennachfrage im Vergleich zu früheren konjunkturellen Erholungsphasen nicht zuletzt aufgrund der ungelösten strukturellen Probleme verhalten. Zunehmende Impulse sind jedoch, vor allem infolge der kräftigen Abwertung des Yen seit Mitte vergangenen Jahres, vom Export zu erwarten. Bei einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 2¼ vH 1997 verharrt die Arbeitslosigkeit auf für japanische Verhältnisse hohem Niveau.

In den Industrieländern insgesamt steigt das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr um jeweils knapp 2½ vH. In Mitteleuropa gewinnt die gesamtwirtschaftliche Expansion wegen weiterer Fortschritte bei der Umgestaltung der Wirtschaft und mit der konjunkturellen Belebung in Westeuropa — dorthin gehen mittlerweile bereits rund 60 vH der Warenexporte — wieder etwas an Dynamik. In den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens setzt sich die Aufwärtsentwicklung der Produktion zumeist unvermindert fort. Bei alledem wird der Welthandel 1997 — nach

der Erholung im Verlauf dieses Jahres — das Niveau von 1996 um 7½ vH übersteigen.

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas basiert auf der Annahme, daß sich Zinsen und Wechselkurse nicht wesentlich ändern. Diesbezüglich gibt es jedoch Risiken, die größer als üblich sind. Schon im Vorfeld der für Anfang 1998 geplanten Entscheidung über den Beginn und über die Teilnehmer an der Europäischen Währungsunion kann es zu erheblichen Änderungen von Zinsen, von Wechselkursen, der Wirtschaftspolitik und damit der konjunkturellen Entwicklung kommen. Solche Reaktionen könnten nicht nur auftreten, wenn die Währungsunion verschoben würde: Sollte sich abzeichnen, daß von politischer Seite der Kreis der teilnehmenden Länder als zu klein erachtet wird, und deshalb aus der Sicht der Märkte die Kriterien des Maastrichter Vertrages nicht ernst genommen werden, dürfte die Glaubwürdigkeit der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft beeinträchtigt werden. In der Folge könnte sich bei den Kapitalmarktzinsen eine höhere Risikoprämie ergeben; ferner könnten die Währungen der teilnehmenden Länder gegenüber Drittwährungen unter Druck geraten. Die Reaktionen an den Märkten und die Wirkungen auf die Konjunktur könnten aber auch dann erheblich sein, wenn sich abzeichnete, daß EU-Mitglieder

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		1995	1996	1997	1995	1996	1997
Deutschland	11,4	1,9	1,5	2,5	1,9	1,5	1,5
Frankreich	7,2	2,2	1,25	2,25	1,7	2	1,75
Großbritannien	5,2	2,5	2	3	3,4	2,5	3,25
Italien	5,1	3,0	0,5	1,5	5,2	4	3,25
Spanien	2,6	3,0	2	3	4,7	3,5	3
Niederlande	1,9	2,1	2,5	3	2,0	2	2
Schweiz	1,4	0,1	0	1,5	1,8	1	1
Belgien	1,3	1,9	1,5	2,5	1,5	2	2
Österreich	1,1	1,8	1	2	2,2	2	2
Schweden	1,1	3,0	1,5	2,5	2,5	0,5	2
Dänemark	0,8	2,8	1,5	2,5	2,1	2	2
Norwegen	0,7	3,3	4	3	2,4	1,5	2
Finnland	0,6	4,2	2	3	1,0	1	1,5
Westeuropa ¹⁾	40,5	2,3	1,5	2,4	2,7	2,2	2,2
U S A	32,8	2,0	2,5	2,25	2,8	3	3
Japan	24,1	0,9	3,75	2,25	−0,1	0	1,5
Kanada	2,7	2,3	1,5	3	2,2	1,5	2
Insgesamt ¹⁾	100,0	1,9	2,4	2,3	2,0	1,9	2,3
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewichtet ²⁾		2,1	1,6	2,4	2,5	2,2	2,3

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1995. — ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1995.

Quellen: Nationale Angaben; OECD; Berechnungen der Institute; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

Reales Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1995	1996	1997		1995	1996	1997
Deutschland	12,9	1,9	1,5	2,5	12,6	2,1	1	2
Frankreich	8,2	2,2	1,25	2,25	7,9	2,0	1	2,25
Großbritannien	5,9	2,5	2	3	5,9	1,5	2,5	3
Italien	5,8	3,0	0,5	1,5	5,6	2,3	0,5	1
Westeuropa ¹⁾	32,8	2,3	1,4	2,4	32,0	2,0	1,2	2,1
U S A	37,0	2,0	2,5	2,25	38,7	2,0	2,5	2
Japan	27,2	0,9	3,75	2,25	26,4	1,7	4,75	2,75
Kanada	3,0	2,3	1,5	3	2,9	1,2	1,25	3
Insgesamt ¹⁾	100,0	1,8	2,4	2,3	100,0	1,7	2,4	2,1

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Inlandsnachfrage von 1995.

Quellen: Nationale Angaben; OECD; Berechnungen der Institute; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

nicht aufgenommen werden, die zuvor große Anstrengungen unternommen haben, um die Kriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen. Ihre Währungen würden sich dann wohl kräftig abwerten und die langfristigen Zinsen vermutlich spürbar anziehen.

Anhaltende Expansion in den USA

Die Notenbank hatte wegen zunehmender Inflationsbefürchtungen bereits Anfang 1994 die Zinsen, die auf einem außerordentlich niedrigen Niveau gelegen hatten, spürbar angehoben. In der Folge schwächte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion ab, nachdem sie bis dahin deutlich höher als das Potentialwachstum gewesen war. Im Zusammenhang mit wieder leicht sinkenden Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten hat sich die wirtschaftliche Dynamik im Verlauf von 1995 etwas beschleunigt. In der Grundtendenz wächst die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr mit einer Rate von 2 bis 2½ vH und damit etwa im Ausmaß des mittelfristigen Trends. Vorübergehend verstärkte sich im Frühjahr 1996 der Produktionsanstieg wegen einer merklichen Ausweitung der staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben, die zuvor lange Zeit gesunken waren. Der private Verbrauch expandierte bei etwas rascher gestiegenen verfügbaren Einkommen und nicht mehr abnehmender Sparquote kräftig. Die gewerblichen Investitionen, namentlich in Ausrüstungen, erhöhten sich deutlich. Vom Ausland gingen nur leicht anregende Wirkungen aus; die Exporte von Gütern und Dienstleistungen waren vor allem wegen der nur mäßigen Produktionszunahme in wichtigen Partnerländern, aber auch infolge der Aufwertung des Dollar schwächer aufwärts gerichtet als im vergangenen Jahr. Die Beschäftigung wurde spürbar ausge-

weitert, und die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Zuletzt lag die Arbeitslosenquote nur noch geringfügig über 5 vH. Der Lohnanstieg hat sich dabei leicht — auf reichlich 3 vH — beschleunigt; wegen der relativ schwachen Zunahme der Lohnzusatzkosten tendierten die Arbeitskosten insgesamt allerdings nur mäßig nach oben. Der Preisauftrieb blieb trotz der hohen Kapazitätsauslastung moderat. Die private Lebenshaltung verteuerte sich weiterhin um knapp 3 vH im Vergleich zum Vorjahr; ohne Nahrungsmittel und Energie kam es sogar zu einer merklichen Verringerung des Preisanstiegs.

Vor dem Hintergrund der verhaltenen Kosten- und Preisentwicklung hat die Notenbank seit der Diskontsatzsenkung vom Jahresbeginn die Leitzinsen unverändert gelassen; die verlangsamte Ausweitung der Geldmenge seit dem Frühjahr dürfte sie in dieser Haltung bestärkt haben. Die langfristigen Zinsen gingen — nach einer Erhöhung um etwa einen Prozentpunkt in der ersten Jahreshälfte — wieder zurück. Da konjunkturelle Überhitzungserscheinungen nicht wahrscheinlich sind, wird sich die Zentralbank nicht zu einer deutlichen Straffung ihres Kurses veranlaßt sehen; gleichwohl ist zu erwarten, daß sie ihre Stabilitätsorientierung mit einer leichten Anhebung der Leitzinsen unterstreicht.

Die Tendenz zu einer Verringerung des Budgetdefizits hat sich fortgesetzt. Im Ende September abgelaufenen Fiskaljahr ging der Fehlbetrag im Bundeshaushalt nochmals zurück, auf rund 110 Mrd. Dollar; dies entspricht rund 1,5 vH des Bruttoinlandsprodukts, nach 2,3 vH im Vorjahr. Maßgeblich hierfür war die kräftige konjunkturelle Aufwärtsbewegung, durch die die Steuereinnahmen merklich gestiegen sind. Diese günstige Entwicklung der Staatsfinanzen sollte allerdings nicht darüber hinweg täuschen,

daß einige gravierende Probleme wie z.B. die zukünftige Finanzierung der Leistungsgesetze nach wie vor einer Lösung harren.

Die günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen lassen auch für das kommende Jahr eine weitgehend spannungsfreie Expansion erwarten. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte sich mit dem Abklingen des staatlichen Nachfrageschubs vom Frühsommer mit einer der Grundtendenz des Jahres 1996 entsprechenden Rate fortsetzen. Dabei werden die gewerblichen Investitionen in kaum vermindertem Tempo aufwärts gerichtet sein. Der private Konsum wird mit der geringeren Ausweitung der Beschäftigung und sich eher wieder erhöhender Sparneigung etwas an Schwung verlieren, aber insgesamt noch recht kräftig steigen. Dagegen dürfte die Ausfuhr im Verlauf des kommenden Jahres mit der konjunkturellen Belebung bei wichtigen Handelspartnern spürbare Impulse erhalten und etwas rascher expandieren. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nimmt im kommenden Jahr insgesamt mit einer etwa dem Potentialwachstum entsprechenden Rate zu; im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt 1997 um 2¼ vH größer sein als im Vorjahr, nach 2½ vH in diesem Jahr. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung wird in beiden Jahren rund 3 vH betragen.

Festigung des Aufschwungs in Japan

In Japan war die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr durch heftige Schwankungen gekennzeichnet. Nach dem Schub bei den öffentlichen Investitionen aufgrund des Konjunkturprogramms vom Herbst vergangenen Jahres ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommerhalbjahr nicht mehr gestiegen. Indessen ist die private Nachfrage vor allem aufgrund der expansiven Geldpolitik, aber auch der Fortschritte bei der Überwindung der strukturellen Probleme, seit einem Jahr in der Grundtendenz aufwärts gerichtet. So stützte das niedrige Zinsniveau den privaten Wohnungsbau und die Unternehmensinvestitionen. Diese erhielten zudem Impulse von den verbesserten Ertragsaussichten infolge der kräftigen Abwertung des Yen bis Ende vergangenen Jahres, die die Aufwertung vom Frühjahr 1995 mehr als kompensierte. Da die Unternehmen die Verbilligung des Yen in erster Linie zur Erhöhung ihrer Handelsspannen nutzten, blieb eine Belebung der Exporttätigkeit bislang aus. Die Zunahme des privaten Verbrauchs war verhalten; retardierend wirkte die kaum verbesserte Arbeitsmarktsituation. Die Arbeitslosenquote verharrte auf dem für japanische Verhältnisse hohen Stand von knapp 3½ vH. Das Niveau der Verbraucherpreise blieb stabil; die Produzentenpreise sanken weiter.

Das staatliche Haushaltsdefizit ist in den vergangenen Jahren aufgrund der langen Stagnation der Wirtschaft und infolge mehrerer Konjunkturprogramme deutlich gestiegen. Daher hat die Regierung signalisiert, nunmehr auf einen Konsolidierungskurs einschwenken zu wollen. So

wird die Umsatzsteuer ab April 1997 voraussichtlich von 3 vH auf 5 vH angehoben, und die seit 1994 geltenden Einkommensteuererstattungen laufen aus. Mit einer starken Rückführung der staatlichen Ausgaben ist indes nicht zu rechnen, um die konjunkturelle Erholung nicht zu gefährden. So dürfte die Finanzpolitik künftig alles in allem nur leicht restriktiv wirken. Die Geldpolitik ist seit einem Jahr unverändert expansiv. Der Diskontsatz ist mit 0,5 % äußerst niedrig, und die Geldmarktzinsen liegen sogar noch etwas darunter. An der geldpolitischen Ausrichtung wird sich in absehbarer Zeit wohl nichts ändern.

Aufgrund der Impulse der Geldpolitik und der niedrigen Kapitalmarktzinsen dürfte die konjunkturelle Erholung an Kraft gewinnen. Die Unternehmensinvestitionen werden darüber hinaus von der gestiegenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit angeregt. Die bisher verhaltene Ausweitung des privaten Konsums wird sich bei verbesserten Einkommenserwartungen und verminderter Beschäftigungsunsicherheit verstärken. Die Ausfuhr wird sich im Gefolge des niedrigeren Yen-Niveaus und der kräftigeren Expansion der Weltwirtschaft nunmehr beleben. Die Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte sich so künftig deutlich beschleunigen. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts wird 1997 2¼ vH betragen; in diesem Jahr beläuft er sich wegen des hohen Standes zu Jahresbeginn auf 3¼ vH. Nachdem das Niveau der Verbraucherpreise in diesem Jahr stabil bleibt, wird es im nächsten Jahr — vor allem aufgrund der Umsatzsteuererhöhung — um etwa 1½ vH steigen.

Konjunkturelle Erholung in Westeuropa

In den westeuropäischen Industrieländern haben Nachfrage und Produktion nach annähernder Stagnation im Winterhalbjahr wieder zugenommen, wenn auch verhalten. Dabei waren die Kapazitäten geringer ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt. Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage schlecht: Die Beschäftigung ging eher noch zurück, und die Arbeitslosenquote verharrte bei 11 vH der Erwerbspersonen. Die Preise stiegen nach wie vor moderat.

Bei den Bruttoanlageinvestitionen kam es im Sommerhalbjahr — nach der 1995 eingetretenen und durch den strengen Winter noch verlängerten Schwächephase — zu einer Erholung. Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten etwas; die Zinsen sind überall deutlich gesunken und die Ertragslage hat sich verbessert. Die Bauinvestitionen erhöhten sich merklich, doch war dies zu einem großen Teil lediglich eine Reaktion auf die witterungsbedingten Ausfälle im Winter; in der Grundtendenz war die Belebung schwach. Im Wohnungsbau kam es trotz niedriger Zinsen vor allem deshalb noch nicht zu einem Wiederanziehen der Produktion, weil die Einkommenserwartungen aufgrund der schlechten Beschäftigungslage gedämpft blieben. Im gewerblichen Bau wirkten die hohen Leerstände retardierend. Die öffentlichen Bauinvestitionen wurden meist, im

Zuge der Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, eingeschränkt.

Der private Konsum expandierte nach wie vor verhalten. Die realen verfügbaren Einkommen waren weiterhin nur leicht aufwärts gerichtet; denn der Lohnanstieg blieb mäßig, vielfach wurden Steuern und Abgaben heraufgesetzt sowie Transferzahlungen gekürzt, und die Beschäftigung verringerte sich noch etwas.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder nahm wieder rascher zu. Begünstigt wurde dies durch die Abwertung der meisten westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar in diesem Jahr. Zudem sind die Lieferungen nach Nordamerika durch die dortige kräftigere Konjunktur angeregt worden. Auch die Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa sowie in die Schwellen- und Entwicklungsländer erhöhte sich zügig. Die Einfuhr wurde bei dem noch moderaten Zuwachs der Gesamtnachfrage in Westeuropa langsamer als der Export ausgeweitet. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz Westeuropas wies erneut einen Überschuß aus. Im innereuropäischen Handel waren die Unterschiede in der Entwicklung erheblich geringer als 1994 und 1995.

Der Preisauftrieb blieb insgesamt verhalten. Bei den zumeist relativ schwach ausgelasteten Kapazitäten war der Wettbewerb unverändert intensiv, und die Lohnstückkosten stiegen langsam. So wurden die Produzentenpreise nur wenig angehoben. Die private Lebenshaltung war zuletzt um $2\frac{1}{4}$ vH teurer als ein Jahr zuvor. Die Inflationsdifferenzen zwischen den einzelnen Ländern verringerten sich weiter. In Italien und in Spanien ging die Teuerungsrate, die noch deutlich höher als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist, während der Sommermonate merklich zurück. Hierzu trug die Aufwertung der Landeswährungen bei. Ferner wurden verschiedentlich administrierte Preise gesenkt oder eingefroren.

Nicht zuletzt infolge der weiteren Beruhigung des Preisanstiegs haben die Zentralbanken in den meisten westeuropäischen Ländern die Zinsen erneut herabgesetzt. Auch die langfristigen Zinsen sind deutlich zurückgegangen. Dabei blieb die Zinsstrukturkurve recht steil. Dies deutet ebenso wie die in der Grundtendenz etwas verstärkte Ausweitung der Geldmenge auf eine expansive Geldpolitik hin. Die bisherige Lockerung der Geldpolitik wird die westeuropäische Konjunktur auch im Jahre 1997 stimulieren. Allerdings dürfte es zumeist nicht mehr zu zusätzlichen nennenswerten Zinssenkungen durch die Notenbanken kommen. Eine Anhebung der Leitzinsen ist frühestens für den späteren Verlauf von 1997 zu erwarten; einen Kurswechsel der Geldpolitik würde dies indes nicht bedeuten.

Die Finanzpolitik verfolgt weiterhin im allgemeinen einen konsolidierungsorientierten Kurs. Dabei werden vorwiegend Ausgaben gekürzt sowie bei den Einnahmen vornehmlich indirekte Steuern und Abgaben erhöht. Die Budgetplanungen für 1997 sehen fast ausnahmslos eine kräftige Verringerung der Haushaltsdefizite vor, nicht zuletzt um den für eine Teilnahme an der für 1999 vorgesehenen

Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion festgelegten Referenzwert von 3 vH des Bruttoinlandsprodukts zu erfüllen. Dabei kommt es allerdings verschiedentlich zu fragwürdigen Bewertungs- und Buchungsmaßnahmen. Die Finanzpolitik ist in zahlreichen Ländern aber auch bemüht, durch eine leichte Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen die Wachstumsbedingungen zu verbessern. Insgesamt wird die Finanzpolitik auch 1997 konjunkturdämpfend wirken.

Die wirtschaftspolitischen und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die wieder merklich niedrigeren Zinsen lassen erwarten, daß sich die konjunkturelle Erholung in den westeuropäischen Industrieländern im Jahre 1997 festigen wird. Zunächst tragen hierzu expansive Lagerdispositionen merklich bei. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen beschleunigt sich, stimuliert durch günstigere Absatzaussichten, die verbesserte Rendite-Zins-Relation, eine allmählich wieder steigende Auslastung der Kapazitäten sowie die ausgeprägten Rationalisierungsanstrengungen. Demgegenüber bleibt die Baukonjunktur schwach. Öffentliche Baumaßnahmen werden vielfach erneut eingeschränkt, im gewerblichen Bau behindert der hohe Angebotsüberhang eine Belebung, und im Wohnungsbau stehen vor allem die gedrückten Einkommenserwartungen der privaten Haushalte einer nennenswerten Ausweitung entgegen. Die sehr verhalten steigenden realen verfügbaren Einkommen und die nur leicht zunehmende Beschäftigung lassen eine fortgesetzt mäßige Expansion des privaten Verbrauchs erwarten.

Die überwiegend gleichgerichtete Tendenz der nationalen Konjunkturen stimuliert den innereuropäischen Handel. Die Ausfuhr in die übrige Welt bleibt zügig aufwärts gerichtet — bei lebhafter Konjunktur in Nordamerika, beachtlicher Expansion in Mitteleuropa und anhaltend hoher Wachstumsdynamik in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Der Außenbeitrag gegenüber Drittländern bleibt positiv. Auch die zusammengefaßte Leistungsbilanz weist erneut einen Überschuß aus.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 um knapp $2\frac{1}{2}$ vH expandieren, nach $1\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1996. Zu einer spürbaren Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt kommt es aber wohl nicht. Angesichts der wenig veränderten hohen Arbeitslosenquote werden die Löhne nur verhalten angehoben. Bei lebhaftem Wettbewerb und sich kaum verteuern Importen setzt sich der moderate Preisauftrieb fort. Die Inflationsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern verringern sich nochmals. Die Konsumentenpreise werden in diesem und im nächsten Jahr jeweils um etwa $2\frac{1}{4}$ vH steigen.

Vorübergehende Abschwächung der Expansion in Mitteleuropa — weiterer Produktionsrückgang in der GUS

Nach der kräftigen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den meisten mitteleuropäischen Reformländern im Vor-

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr						in vH ¹⁾		
		1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Polen	16,7	7,0	5,5	5	27,8	20	15	14,9	14	13
Tschechien	6,5	4,8	4,5	4,5	9,1	9	8	2,9	3	3,5
Ungarn	6,2	1,5	1	2	28,2	23	20	10,9	11	11
Rumänien	5,0	6,9	4	4	32,3	35	25	8,9	9	9
Slowenien	2,6	3,5	3	4	12,6	10	8	13,9	13,5	13
Slowakei	2,5	7,4	6,5	5,5	9,9	6,5	6,5	13,1	12	11
Bulgarien	1,8	2,5	—1	0	62,2	110	100	11,1	12	13
Mitteleuropa ²⁾	41,4	5,4	4,1	4,1						
Rußland	51,6	—4,0	—5	—2	203	40	25	8,2	10	12
Ukraine	5,1	—11,8	—7	—2	377	60	35	.	.	.
Weißrußland	2,0	—10,0	—5	—3	709	50	50	.	.	.
Insgesamt ²⁾	100,0	—0,6	—1,3	0,5						
Nachrichtlich: Exportgewicht ³⁾		2,5	1,8	2,6						

1) Stand am Jahresende. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1995. — 3) Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1995.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

jahr haben sich die wirtschaftlichen Auftriebskräfte im bisherigen Jahresverlauf abgeschwächt. Nur in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik sowie in Polen setzte sich die wirtschaftliche Expansion nahezu ungebrochen fort. In Bulgarien kam es dagegen zu einem Rückschlag, wozu die reformpolitische Unentschlossenheit der Regierung und die nur langsamen Fortschritte bei der Überwindung der Bankenkrise beigetragen haben. In den GUS-Ländern hat sich die Erwartung einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage bisher nicht erfüllt: Der Produktionsrückgang hielt bis zuletzt an, vor allem, weil die Erfolge bei den strukturellen Umstellungen der Unternehmen gering blieben.

Ausschlaggebend für die Abflachung des Wachstums in Mitteleuropa war, daß die außenwirtschaftlichen Anregungen spürbar nachließen. In einigen Ländern gingen die Exporte sogar zurück. Wichtige Gründe dafür waren die Konjunkturabschwächung in Westeuropa und die fortgesetzte reale Aufwertung ihrer Währungen, durch die sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte. Dem Nachlassen der Exportdynamik stand in Tschechien, in Polen und in der Slowakei ein ungebrochener Importsog gegenüber, so daß die Handelsbilanzdefizite dieser Länder beträchtlich zunahmen. In Ungarn, in Bulgarien und in Rumänien allerdings verringerten sich die Importe infolge

restriktiver Maßnahmen, wie zusätzlicher Importabgaben, Importverboten und erschwertem Zugang zu Devisenkrediten. Insgesamt hat sich das Defizit in der zusammengefaßten Handelsbilanz Mitteleuropas im ersten Halbjahr 1996 weiter vergrößert. Von den GUS-Ländern erzielten Rußland und die Ukraine im Handel mit Ländern außerhalb der GUS trotz ebenfalls kräftiger realer Aufwertung ihrer Währungen wegen der anhaltend starken Auslandsnachfrage nach Rohstoffen, Energieträgern und rohstoffnahen Gütern erneut hohe Überschüsse.

Die Binnennachfrage expandierte in den mitteleuropäischen Reformländern mit Ausnahme von Bulgarien und Ungarn verstärkt. Die Investitionen nahmen besonders in Tschechien, in Polen und in Slowenien zu, der Anstieg des privaten Verbrauchs beschleunigte sich in den meisten Ländern. Im Gegensatz dazu setzte sich in den GUS-Ländern angesichts der hohen Zinsen und des weiterhin ungünstigen Investitionsklimas der Schrumpfungsprozeß bei den Anlageinvestitionen fort. Die ausländischen Direktinvestitionen, die sich 1995 in Mittel- und Osteuropa gegenüber dem Vorjahr auf 12,8 Mrd. Dollar nahezu verdoppelt hatten, wurden vor allem in mitteleuropäischen Ländern mit hohem Wachstum erneut ausgeweitet. Die Direktinvestitionen in Rußland haben sich 1995 zwar auf mehr als 2 Mrd. Dollar erhöht, blieben aber relativ niedrig.

Im Verlauf des Jahres 1996 verlangsamte sich der Beschäftigungsrückgang in den meisten mitteleuropäischen Ländern. In der Industrie allerdings, wo Entflechtung und Privatisierung im allgemeinen zügig fortgesetzt wurden, hat sich trotz der Produktionszunahme die Zahl der Arbeitsplätze weiter in hohem Tempo verringert. Gleichwohl ist die ausgewiesene Arbeitslosigkeit vielfach zurückgegangen, auch weil in vielen Ländern die Erwerbsbeteiligung gesunken ist. Mit einzelnen Ausnahmen ist die Arbeitslosenquote dennoch nach wie vor zweistellig. Merklich unterzeichnet wird die Arbeitslosigkeit in Bulgarien und in Rumänien. Dort ist die verdeckte Arbeitslosigkeit vor allem in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe groß. In noch stärkeren Maße gilt das für die Länder der GUS.

Die Inflation hat sich in Mitteleuropa im Jahresverlauf nur noch langsam zurückgebildet. Vor allem die teilweise erheblichen Lohnerhöhungen, die Anhebung administrierter Preise, aber auch die anhaltende Reduzierung von Subventionen bei Dienstleistungen und Verbrauchsgütern standen einer stärkeren Abschwächung des Preisauftriebs entgegen. Langsamer als in allen anderen Reformländern nahmen die Verbraucherpreise in der Slowakei zu. Auf der anderen Seite kam es in Bulgarien ab Mai zu einer dramatischen Beschleunigung des Preisauftriebs: Energiepreise, Tarife und die Mehrwertsteuer wurden deutlich angehoben, und der Außenwert des Lev sank gegenüber dem Vorjahresniveau um zwei Drittel. In den GUS-Ländern schwächte sich die monatliche Rate der Geldentwertung bis zuletzt deutlich ab; im Vorjahresvergleich ist der Preisanstieg erstmals seit 1991 wieder auf zweistellige Werte zurückgegangen. Die gleichzeitige Vertiefung der Finanzkrise (hohe Zahlungsrückstände vornehmlich staatlicher Unternehmen bei Steuern, Löhnen und gegenüber Vorlieferanten) zeigt allerdings, daß die Widersprüche zwischen einer strikten Finanz- und Geldpolitik und dem unzureichenden Stand bei der Verwirklichung struktureller Reformen auf Unternehmensebene größer geworden sind.

Für den weiteren Verlauf dieses Jahres und für 1997 ist in Mitteleuropa mit einer leichten Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion zu rechnen. Wegen der bislang nur geringen Produktionszunahme wird die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts allerdings niedriger sein als im Vorjahr, aber immerhin noch reichlich 4 vH betragen. Für 1997 ist mit einer Rate in ähnlicher Größenordnung zu rechnen. Stützend wird dabei die Konjunkturbelebung in Westeuropa wirken. Der Preisauftrieb verlangsamt sich leicht, da die Stabilisierungsbemühungen der Geld- und Fiskalpolitik fortgesetzt werden. Der Rückgang der Beschäftigung dürfte in einer zunehmenden Zahl von Ländern zum Stillstand kommen.

In den GUS-Ländern verzögert sich die Tendenzwende der wirtschaftlichen Entwicklung weiter. Der Produktionsrückgang, der während des ganzen Jahres 1996 anhält, dürfte erst im kommenden Jahr allmählich zum Stillstand kommen. Im Jahresdurchschnitt 1997 wird das reale Bruttoinlandsprodukt indes nochmals niedriger sein als in

diesem Jahr. Der Preisanstieg flacht sich abermals ab, verharzt allerdings noch immer deutlich im zweistelligen Bereich. Die Arbeitslosigkeit wird sich weiter schnell ausweiten und könnte angesichts der unzureichenden sozialen Sicherungssysteme zu wachsenden Spannungen führen.

Differenzierte Entwicklung der Rohstoffpreise

Auf den internationalen Märkten für Industrierohstoffe sind die Preise seit dem vergangenen Herbst stark gesunken, in den letzten Monaten allerdings deutlich verlangsamt. Maßgeblich für den Rückgang war der Preisfall auf den Metallmärkten, der durch den Zusammenbruch der Spekulation auf dem Kupfermarkt ausgelöst wurde. Vor allem deshalb blieben die Lagerdispositionen der Verarbeiter zurückhaltend, obwohl die Produktionsentwicklung in den Industrieländern wieder günstiger war. Infolge der verbesserten Konjunktur wird die Nachfrage nach Industrierohstoffen nunmehr merklich zunehmen; dies dürfte zu einer Wende bei der Preisentwicklung führen. Die Aufwärtstendenz bleibt aber verhalten. Im Jahresdurchschnitt 1997 werden die Preise für Industrierohstoffe kaum höher sein als 1996, nach einem Rückgang von 12 vH im laufenden Jahr.

Der Preis für Rohöl ist seit Herbst vergangenen Jahres um rund 30 vH gestiegen und erreichte an den Spotmärkten zuletzt mit rund 24 Dollar je Barrel den höchsten Stand seit dem Golfkonflikt im Jahre 1991. Die Ölnachfrage nahm nach dem besonders strengen Winter in Nordamerika und in Europa stark zu, obwohl die Verarbeiter in Erwartung einer begrenzten Freigabe von Ölexporten aus dem Irak ihre Lager erst wenig aufstockten. Diese Erwartung wurde jedoch mit den neuerlichen Spannungen im Nahen Osten enttäuscht, und es kam auch im Zusammenhang mit der Wiederauffüllung der Lager zu einer Verstärkung des Preisauftriebs. In nächster Zeit dürfte die Nachfrage allmählich wieder langsamer zunehmen, während das Angebot an Rohöl rascher ausgeweitet wird; mit einer Rückbildung des Ölpreises ist daher zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 1996 und 1997 dürfte der Ölpreis jeweils 21 Dollar je Barrel betragen.

Kräftige Expansion des Welthandels

Die Expansion des Welthandels hat sich nach der Verlangsamung 1995 in diesem Jahr beschleunigt. Nachfrageimpulse gingen vor allem von der konjunkturellen Belebung in Westeuropa und dem wieder stärkeren Produktionsanstieg in den USA aus; in Japan hat sich die vorher überaus rasche Aufwärtstendenz der Einfuhr allerdings abgeflacht. Gestützt wurde die Welthandelsentwicklung auch vom Importsog vieler Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas. In Mittel- und Osteuropa sind die Einfuhren bei vielfach zügigem Wirtschaftswachstum und fortschreitender Integration in die

Weltwirtschaft erheblich gestiegen. Die erdölexportierenden Entwicklungsländer konnten ihre Bezüge aus dem Ausland mit der deutlichen Verbesserung ihrer Exporterlöse wieder stärker ausweiten.

Westeuropa und Japan dürften 1997 ihre Importe konjunkturbedingt kräftig erhöhen, während die Nachfrageanstöße aus den USA wohl etwa gleich bleiben. Eine leichte Verlangsamung der Einfuhrzunahme ist für die asiatischen

Entwicklungs- und Schwellenländer zu erwarten. Zusätzliche Impulse für den Welthandel gehen demgegenüber von der wirtschaftlichen Erholung in wichtigen Ländern Lateinamerikas aus. Bei den erdölexportierenden Entwicklungsländern dürfte sich die Steigerung der Einfuhren erst allmählich abschwächen. Insgesamt wird sich die Expansion des Welthandels nicht mehr beschleunigen; im Jahresergebnis ist sie aber voraussichtlich mit 7½ vH im nächsten Jahr größer als mit 6½ vH in diesem Jahr.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die konjunkturelle Abschwächung, die im letzten Jahr in Deutschland und nahezu allen anderen Industrieländern eingetreten war, ist überwunden. Seit dem Frühjahr ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland in der Grundtendenz wieder aufwärts gerichtet. Das Tempo der konjunkturellen Erholung wurde allerdings durch Aufholeffekte überlagert, die sich vor allem in der Bauwirtschaft nach einem außergewöhnlich langen und kalten Winter ergaben.

Wie in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen ging die Erholung zunächst von der kräftigen Zunahme der Auslandsnachfrage aus. Ein Umschwung in den Lagerdispositionen, der sich in einer vermehrten Nachfrage nach Vorprodukten äußerte, dürfte dafür den Ausschlag gegeben haben. Aber auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Ausland hat sich offensichtlich, wie ihre verstärkten Bestellungen bei deutschen Investitionsgüterherstellern zeigen, seit Ende 1995 wieder belebt. Die inländische Nachfrage nach Vorprodukten stieg dagegen erst später an; die nach Ausrüstungen blieb noch verhalten. Der private Verbrauch nahm seit der Jahreswende, gefördert durch steuerliche Entlastungen, spürbar zu und stützte damit die Konjunktur.

Entscheidend für die weltweite Wende war die Verbesserung der monetären Rahmenbedingungen. Die Kapitalmarktzinsen, die im Jahre 1994 überall gestiegen waren und damit maßgeblich zur letztjährigen Abkühlung der Konjunktur beigetragen hatten, gaben im Laufe des vergangenen Jahres wieder deutlich nach. In den meisten Ländern erreichten sie Ende letzten Jahres, zumindest nominal, nahezu den Tiefpunkt von der Jahreswende 1993/94. Zudem lockerte die Geldpolitik ihren Kurs. Die Leitzinsen wurden teilweise auf historisch niedrige Werte zurückgenommen. Deutliche Impulse gingen in Deutschland überdies von der Korrektur der Wechselkursrelationen aus. So hat sich die Aufwertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 gegenüber dem US-Dollar und einer Reihe von europäischen Währungen vollständig zurückgebildet. Der effektive reale Wechselkurs der D-Mark entspricht inzwischen wieder ungefähr dem Stand von Ende 1994.

Von der Finanzpolitik in Deutschland gingen alles in allem leichte Anregungen auf die Konjunktur aus. Das Budgetdefizit — um Sonderfaktoren bereinigt — stieg trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen deutlich. Maßgeblich hierfür war zwar die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, also die Hinnahme konjunkturbedingt verminderter Einnahmen und höherer Ausgaben. Es gab aber auch umfangreiche Einnahmeausfälle im Gefolge der Entla-

stung der privaten Haushalte durch die Steuerfreistellung des Existenzminimums, den Ausbau des Familienleistungsausgleichs und die Abschaffung des „Kohlepfennig“. Die Lohnpolitik, die 1995 durch hohe Tarifabschlüsse die Eintrübung des wirtschaftlichen Klimas mitbestimmt hatte, trug in der diesjährigen Tarifrunde mit merklich niedrigeren Abschlüssen der ungünstigeren wirtschaftlichen Lage Rechnung.

Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Sommerhalbjahr 1996 mit einer laufenden Jahresrate von 4 vH. Zu einem beträchtlichen Teil ist das aber auf das Nachholen von wetterbedingten Produktionsausfällen in der Bauwirtschaft zurückzuführen. „Witterungsbereinigt“ dürfte das Bruttoinlandsprodukt, auf Jahresrate hochgerechnet, mit etwa 2½ vH expandiert haben; die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht damit erstmals seit dem Aufschwungsjahr 1994 wieder dem Wachstum des Produktionspotentials. Das Preisklima blieb ruhig; die Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe lag im Vorjahresvergleich zuletzt bei 1½ vH und war damit so niedrig wie seit 1988 nicht mehr. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Laufe dieses Jahres allerdings weiter. Im September lag die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt bei fast 4 Millionen. Dies bedeutet bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen eine Quote von 10,4 vH.

In Westdeutschland hat die konjunkturelle Erholung zu einer deutlichen Zunahme der Industrieproduktion bei steigender Auslastung der Kapazitäten geführt. Besonders kräftig nahm die Ausbringung von Vorerzeugnissen zu, darin spiegelt sich der Umschwung bei den Lagerdispositionen sowohl im Inland als auch im Ausland wider. Die Produktion von Investitionsgütern wurde dagegen nur wenig ausgeweitet, da sich die inländische Nachfrage nur zögernd belebte. Die Bauproduktion blieb in der Grundtendenz schwach, der ausgeprägte Anstieg im Frühjahr war vor allem Reaktion auf die witterungsbedingten Ausfälle zuvor. Von der kräftigen Expansion des privaten Verbrauchs haben vorwiegend die Dienstleistungsbereiche profitiert, weniger die Hersteller von Konsumgütern und der Handel.

In Ostdeutschland verliert der Aufholprozeß sechs Jahre nach der Vereinigung immer mehr an Kraft. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist nicht in Sicht. Seitdem die öffentlichen Fördermittel nicht mehr aufgestockt werden, läßt vor allem der Produktionsanstieg in der Bauwirtschaft nach, die zuvor besonders begünstigt war. Auch im verarbeitenden Gewerbe gibt es Anzeichen für ein Erlahmen der Auftriebskräfte. Zwar war die Industrieproduktion bis zuletzt aufwärts gerichtet; der Auftragseingang liegt aber nur wenig über dem Niveau vom Vorjahr. Die mangelnde

Eigendynamik des Aufholprozesses in Ostdeutschland ist vor allem in der immer noch unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe begründet. Eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen hat den Sprung in die Gewinnzone nicht geschafft, weil die erzielten Produktivitätsfortschritte rasch von hohen Lohnsteigerungen aufgezehrt wurden. Die Lohnstückkosten liegen — bei beträchtlichen Unterschieden selbst innerhalb einzelner Branchen — im Durchschnitt der ostdeutschen Wirtschaft immer noch um etwa ein Drittel über dem Niveau in Westdeutschland. Bei der Produktivität ist erst reichlich die Hälfte des Westniveaus erreicht. Trotzdem gleichen sich die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität zwischen neuen und alten Bundesländern mehr und mehr an. Eine Verminderung der Produktivitätslücke und damit der stark überhöhten Lohnstückkosten ist ausgeschlossen, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht grundlegend ändern. Da sich dies bislang noch nicht abzeichnet, kann für die neuen Bundesländer selbst bei weiteren Fortschritten der westdeutschen Konjunktur nicht mit ähnlich hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten wie im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1995 gerechnet werden. Die wiederholt geäußerten Befürchtungen der Institute über das Erlahmen des Aufholprozesses in Ostdeutschland sind offenbar berechtigt gewesen.

Im Sommer hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland zwar wieder etwas angezogen, dabei spielten aber witterungsbedingte Aufholeffekte eine nicht unbeträchtliche Rolle. In der Grundtendenz blieb die Bautätigkeit, insbesondere im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau, ohne rechten Schwung. Die Industrieproduktion übertraf im zweiten Quartal zwar den Vorjahresstand um mehr als 8 vH, doch dürfte es bei dem hohen Gewicht der baunahen Branchen auch hier merkliche witterungsbedingte Aufholeffekte gegeben haben. Auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland kam es im Sommerhalbjahr 1996 im wesentlichen in Reaktion auf den scharfen Einbruch im Winter zu einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 50 000 Personen; in ähnlicher Größenordnung ging die Arbeitslosigkeit zurück. Die Arbeitslosenquote lag aber in diesem Zeitraum immer noch bei 15,4 vH.

Konjunkturelle Belebung festigt sich

Die Bedingungen für ein Anhalten der konjunkturellen Erholung in den westlichen Industrieländern im Jahre 1997 sind günstig. Das gilt insbesondere für den monetären Rahmen. Auf absehbare Zeit droht keine Inflation. In den meisten Industrieländern ist die Auslastung der Sachkapazitäten noch weit von konjunkturellen Normalwerten entfernt, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, die Belastung der Unternehmenserträge durch Lohnerhöhungen wird weiter abnehmen. Die Preissteigerungen auf den internationalen Rohstoffmärkten halten sich in engen Grenzen, und die Entwicklung der Wechselkurse dürfte sich in ruhigen Bahnen bewegen. Die Notenbanken, insbesondere die in

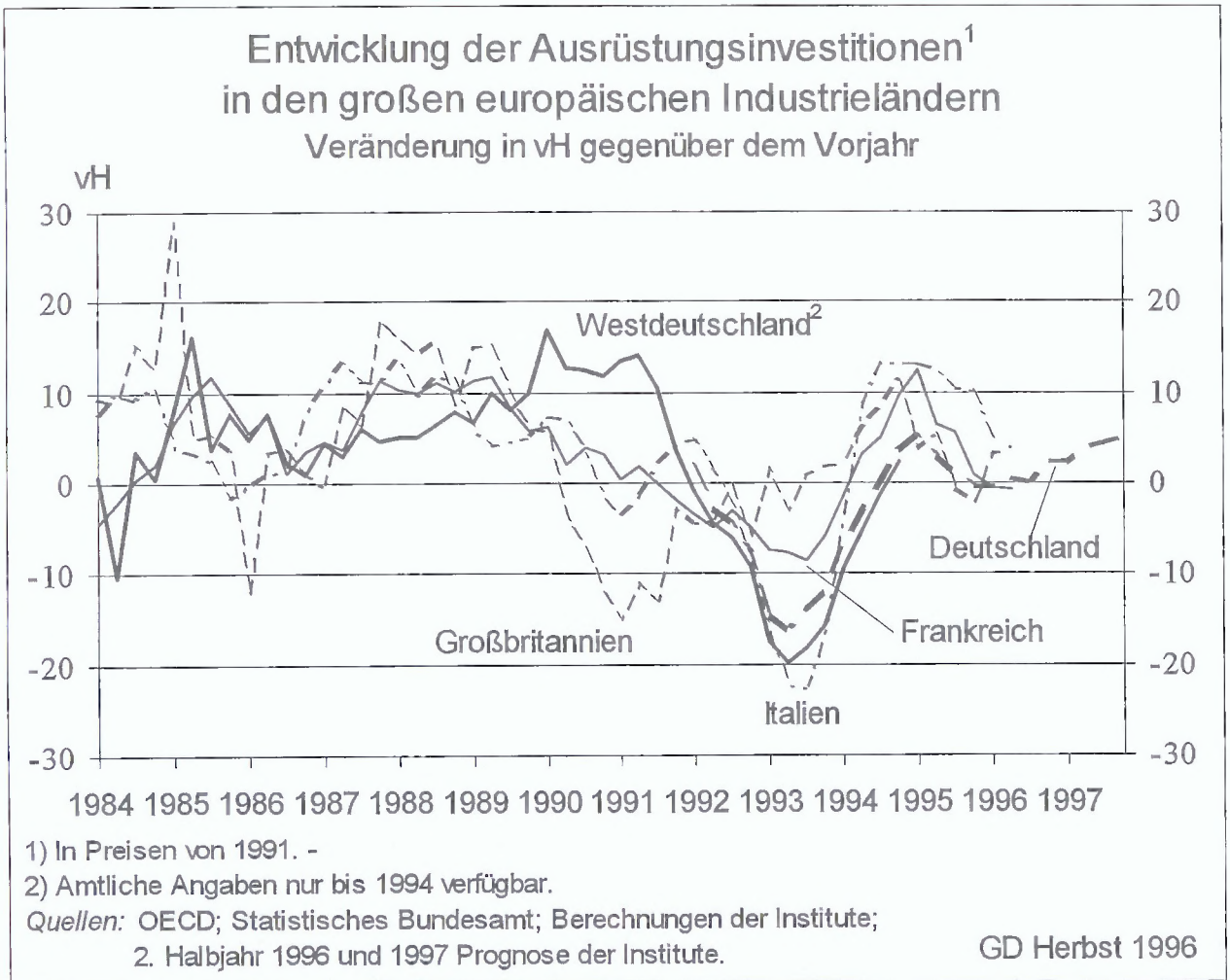
Europa und Japan, werden unter diesen Umständen ihren, die Konjunktur stützenden Kurs beibehalten. Auch ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen ist, legt man die fundamentalen Daten der großen westlichen Länder zugrunde, nicht zu erwarten. Dennoch müssen Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ins Auge gefaßt werden, die die Wirtschaftspolitik zum Handeln zwingen könnten.

Das gilt einerseits für die Finanzpolitik in Europa. Das Risiko ist nicht von der Hand zu weisen, daß nahezu alle Mitglieder der Europäischen Union in einem Kraftakt versuchen, den Referenzwert für das laufende Defizit in den öffentlichen Haushalten (3 vH des Bruttoinlandsprodukts) doch noch, in letzter Minute gewissermaßen, zu erreichen. Deutlich verstärkte und überstürzte, allein auf Defizitreduzierung zielende Maßnahmen könnten den Übergang von einer moderaten konjunkturellen Erholung in eine langanhaltende Aufschwungsphase belasten. Eine nochmalige Stockung der Konjunktur in Europa würde zu einer weiteren Verhärtung der Arbeitsmarktprobleme führen, weil eine Dequalifikation und Demotivation der Arbeitsuchenden deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt erschwert.

Ein schwer einzuschätzendes Risiko ergibt sich andererseits aus der Tatsache, daß sich die Konjunktur in den Vereinigten Staaten in einem späteren Stadium des Aufschwungs als die in Europa und Japan befindet. Käme es, anders als im weltwirtschaftlichen Teil dieser Diagnose unterstellt, zu einer Beschleunigung der Expansion in den Vereinigten Staaten und zu kräftigen Lohnzuwächsen — auf dem Arbeitsmarkt gibt es nahezu Vollbeschäftigung —, würde die amerikanische Notenbank sicher nicht zögern, die kurzfristigen Zinsen stärker als hier erwartet zu erhöhen, um drohenden Inflationsgefahren zu begegnen. Für diesen Fall wäre ähnlich wie 1994 ein erheblicher Anstieg der langfristigen Zinsen nicht auszuschließen. Dadurch könnte die sich gerade entfaltende Investitionskonjunktur in Europa, ebenfalls wie 1994/95, beeinträchtigt werden.

Die Investitionstätigkeit in den großen Ländern Europas nach der letzten Rezession zeigt sehr deutlich die Brems Spuren des Anstiegs der Kapitalmarktzinsen im Jahr 1994 (Schaubild). Nachdem sich die Ausrüstungsinvestitionen von der Talsohle gelöst hatten, wäre auch in Kontinentaleuropa bei günstigeren Bedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten eine normale zyklische Belebung zu erwarten gewesen, wie sie zuvor in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien zu beobachten war. Das gilt auch für Deutschland, wo zudem aufgrund der starken Aufwertung im Frühjahr 1995 und des vorangegangenen Vereinigungsbooms die Investitionstätigkeit schwächer als im übrigen Europa blieb. Treten die genannten Risiken nicht ein oder können die davon ausgehenden negativen Wirkungen von der Wirtschaftspolitik abgefedert werden, ist ein langanhaltender und im späteren Verlauf auch kräftiger Aufschwung wahrscheinlich.

Schaubild 1



Annahmen der Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Nachfrage und Produktion in den Industrieländern werden, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, in diesem wie im nächsten Jahr moderat steigen. Der Welthandel wird weiter zügig expandieren.
- Der Ölpreis wird sich im Verlauf des Jahres 1997 von dem derzeit hohen Stand zurückbilden. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird er mit 21 \$/Barrel so hoch sein wie im Durchschnitt des Jahres 1996. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe werden im Gefolge der verbesserten Konjunktur leicht anziehen.
- Die D-Mark wird gegenüber dem US-Dollar etwas niedriger bewertet, gegenüber den europäischen Währungen bleibt ihr Kurs nahezu konstant. Der reale Außenwert der D-Mark wird geringfügig sinken.
- Die Lohnabschlüsse in den alten Bundesländern fallen im Jahr 1997 ähnlich moderat aus wie in diesem Jahr. Die Tarifföhne in den neuen Bundesländern werden langsamer an das Westniveau angeglichen als bisher.
- In der Finanzpolitik werden das Sparpaket, die emissionsbezogene Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer sowie das Jahressteuergesetz 1997 in modifizierter Form (Wegfall der Vermögensteuer, Abschaffung der Gewerbesteuer, Verschiebung der Anhebung des Grundfreibetrages, Erhöhung der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer) umgesetzt. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind wird erhöht, und der Solidaritätszuschlag wird vorerst nicht gesenkt. In der gesetzlichen Sozialversicherung steigen die Beitragssätze um nahezu einen Prozentpunkt.
- Die Bundesbank wird die Leitzinsen nicht mehr weiter zurücknehmen. Etwas höhere Zinsen am kurzen wie am langen Ende sind frühestens für die zweite Jahreshälfte 1997 zu erwarten.

Lebhafte Zunahme der Ausfuhr

Die Ausfuhr hat seit dem Frühjahr wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Ausschlaggebend hierfür waren die wechsellkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft und das Wiederanziehen der Konjunktur in Europa. Auch die Nachfrage aus den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, wo die flaute Konjunktur in den Industrieländern Spuren hinterlassen hat, belebte sich in den letzten Monaten wieder merklich. In den vergangenen Jahren hat sich der Handel mit diesen Ländern erheblich intensiviert, vorrangig mit den mitteleuropäischen Reformstaaten. Der Anteil der mittel- und osteuropäischen Staaten am deutschen Export war 1995 bereits so hoch wie der der USA (Tabelle). Daneben wurde auch der Warenaustausch mit dem dynamischen südostasiatischen Raum deutlich ausgeweitet.

Die Rahmenbedingungen für den Export bleiben alles in allem günstig: In Westeuropa sind die Schwächetendenzen überwunden. Nicht zuletzt infolge der hier erwarteten Zunahme der Investitionstätigkeit eröffnen sich den deutschen Exporteuren aufgrund ihres spezifischen Produktsortiments besondere Chancen; der Anteil von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes an der Gesamtausfuhr beträgt rund 55 vH. Die Nachfrage aus anderen Regionen, insbesondere aus den fortgeschrittenen mitteleuropäischen Reformländern sowie aus dem asiatisch-pazifischen Raum, wird angesichts der dort zu

verzeichnenden hohen Wachstumsdynamik deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Aus den im Transformationsprozeß zurückhängenden ost- und südosteuropäischen Reformstaaten sind wieder stärkere Nachfrageimpulse zu erwarten, vor allem weil sich mit anziehender Weltkonjunktur die Exporterlöse dieser Länder bei Rohstoffen und einfachen Vorprodukten verbessern werden.

Die Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter, die sich mit der Rückbildung der Aufwertung der D-Mark wieder merklich gebessert hat, bleibt günstig. Die moderate Lohnentwicklung und hohe Produktivitätsfortschritte begrenzen den Kostenanstieg. Gegenüber dem US-Dollar wird die D-Mark eher schwächer tendieren; im EU-Währungsgefüge sind nennenswerte Verschiebungen derzeit nicht abzusehen. Unter diesen Bedingungen ist mit einer zügigen Ausweitung der Ausfuhr zu rechnen; das Expansionstempo dürfte sich dem Wachstum des Welthandels annähern. Im Jahresdurchschnitt 1996 wird die Warenausfuhr — in der Abgrenzung des Spezialhandels — aufgrund der vergleichsweise schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte lediglich um 4½ vH höher sein, für das nächste Jahr zeichnet sich ein Exportanstieg von etwa 6 vH ab.

Steigende Ausrüstungsinvestitionen

Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Jahres 1995 gesunken waren, hat sich in diesem Jahr eine

Entwicklung des deutschen Außenhandels¹⁾ nach Regionen
Anteile in vH

	Ausfuhr			Einfuhr		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Westliche Industrieländer	79,0	78,8	77,9	78,8	78,1	77,4
EU ²⁾	49,8	49,3	48,3	48,2	47,5	47,9
USA	7,4	7,8	7,5	7,1	7,2	7,1
Japan	2,5	2,6	2,7	6,0	5,5	5,5
Entwicklungsländer	12,4	12,6	12,9	12,2	11,9	11,6
Südostasien ³⁾	5,5	6,0	6,6	6,5	6,4	6,4
NICs ⁴⁾	3,2	3,5	3,7	3,8	3,7	3,7
ASEAN ⁵⁾	1,6	1,9	2,1	1,9	1,9	1,9
Lateinamerika	2,4	2,4	2,6	2,1	2,3	2,4
Reform- und Staatshandelsländer	8,4	8,5	9,1	8,9	9,9	11,0
Mittel- und osteuropäische Länder	6,8	7,0	7,5	6,4	7,3	8,3
Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn	3,8	4,1	4,8	3,7	4,2	5,2
Übrige ⁶⁾	3,0	2,9	2,8	2,7	3,0	3,1

¹⁾ Spezialhandel. — ²⁾ Ohne Schweden, Finnland und Österreich. — ³⁾ Indien, Pakistan, Sri Lanka, NICs und ASEAN. —

⁴⁾ Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea. — ⁵⁾ Malaysia, Indonesien, Thailand, Philippinen und Brunei. — ⁶⁾ Bulgarien, Rumänien, Albanien und ehemalige Sowjetunion.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

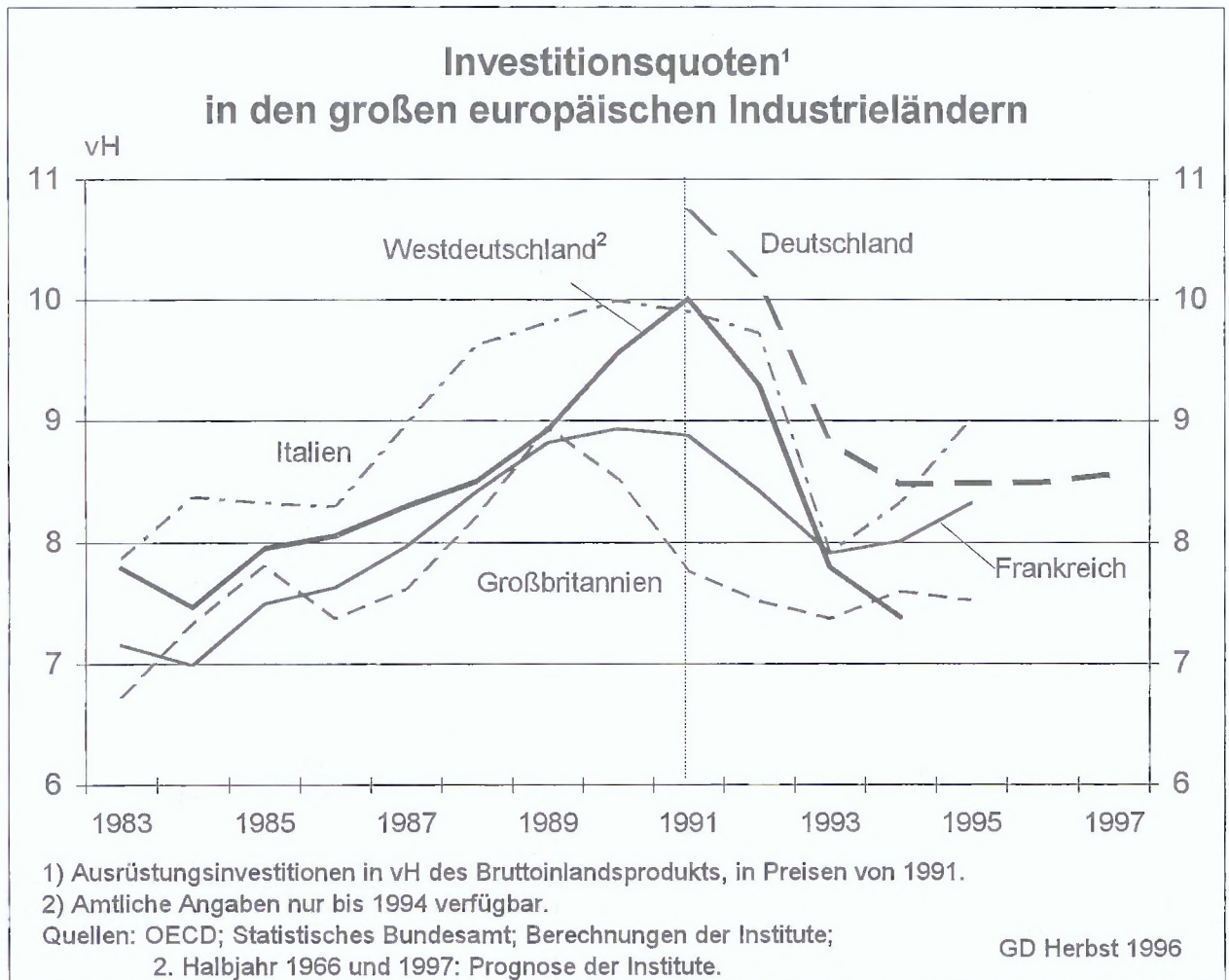
deutliche Aufwärtstendenz durchgesetzt. Die Kapitalmarktzinsen haben sich nach dem starken Anstieg im Jahr 1994 bis zu Beginn dieses Jahres erheblich verringert. Die Aufwertung der D-Mark hat sich zurückgebildet, und mit der Belebung der Konjunktur im Ausland sind die Auftrags-eingänge im verarbeitenden Gewerbe seit dem Herbst dieses Jahres im Vergleich zu denen im vergangenen Jahr recht moderat gewesen. In der Industrie hat die Auslastung der Kapazitäten seit dem Frühjahr zugenommen. Zusammen mit den fortgesetzten Rationalisierungsbemühungen hat dies die Rentabilität von Sachanlagen im Vergleich zu Finanzanlagen beträchtlich verbessert. Alles in allem sind die Investitionsbedingungen nun wesentlich günstiger als im zurückliegenden Jahr.

Hinzu kommt, daß die bremsenden Wirkungen, die sich nach dem Investitionsboom im Zuge der deutschen Vereinigung ergeben hatten, wohl entfallen sind. Damals war die Investitionsquote auf ein in Westdeutschland zuvor nicht beobachtetes Niveau gestiegen (Schaubild). Im Gefolge der sprunghaften Ausweitung der Produktionsanlagen hat-

ten sich die Renditeerwartungen verschlechtert, zumal die Unternehmen mit höheren Abgaben zur Finanzierung des Aufbaus in den neuen Bundesländern belastet worden sind. Die Investitionstätigkeit in Westdeutschland wurde daraufhin erheblich eingeschränkt; im übrigen Westeuropa hat es dagegen eine derartige Entwicklung nicht gegeben. Inzwischen ist die Investitionsquote in Westdeutschland auf den Stand zur Mitte der achtziger Jahre gesunken; die Investitionstätigkeit dürfte jetzt wieder vor allem von konjunkturellen Bestimmungsgründen geprägt werden.

Im Verlauf des kommenden Jahres werden die westdeutschen Unternehmen die Investitionen nach und nach verstärkt ausweiten. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig, die Lohnstückkosten werden sogar etwas sinken. Die Gewinne werden sich nochmals erhöhen, und mit der gefestigten Konjunktur haben sich auch die Absatz- und die Renditeerwartungen aufgehellt. Gleichwohl ist nicht mit großer Investitionsdynamik zu rechnen, weil sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zwar konjunkturell verbessert haben, aber die auf mittlere Frist belasten-

Schaubild 2



den Faktoren durch die Wirtschaftspolitik nicht beseitigt worden sind.

Anders als in den alten Bundesländern wird die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland im kommenden Jahr stocken. Der anfängliche Schub durch die Fertigstellung neuer Betriebsstätten ist abgeklungen. Die meisten Investitionszusagen bei der Unternehmensprivatisierung durch die Treuhandanstalt sind eingelöst worden. Vielen Unternehmen, vor allem den kleineren und mittelgroßen, fehlt das Gewinnpolster oder die Möglichkeit, Kredite zu erhalten.

In Deutschland insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen, bei deutlicher Zunahme im Jahresverlauf, im Durchschnitt des kommenden Jahres um 4 vH höher sein. In diesem Jahr fällt der Zuwachs nur gering aus, obschon die Belebung im Verlauf erheblich ist, denn zu Jahresbeginn lag das Niveau bei den Ausrüstungsinvestitionen unter dem Durchschnitt im Vorjahr.

Bauinvestitionen bleiben schwach

Im Baugewerbe ist die Produktion im Sommerhalbjahr kräftig gestiegen; dies ist jedoch lediglich darauf zurückzuführen, daß Vorhaben durchgeführt wurden, die in dem ungewöhnlich harten Winter zuvor zurückgestellt worden waren. Die Baukonjunktur blieb in der Grundtendenz abwärts gerichtet. In Westdeutschland hatte es über sieben Jahre hinweg eine stürmische Ausweitung der Investitionen in den Bau von Mietwohnungen gegeben. 1994 wurde der Gipfel der Bautätigkeit erreicht; 1995 setzte ein Rückgang ein. Mit der umfassenden Erhöhung des Angebots an Wohnungen flachte sich der Anstieg der Mieten spürbar ab, die Finanzierung hatte sich mit dem starken Anstieg der Kapitalmarktzinsen beträchtlich verteuert, und die Renditeerwartungen trübten sich folglich ein. Zu Beginn des Jahres 1996 wurden die Abschreibungsbedingungen für Kapitalanleger verschlechtert. Trotz niedriger Zinsen und eher rückläufiger Preise für Neubauten, nahmen die Investitionen in den Mietwohnungsbau fortgesetzt ab. Gleichzeitig ist die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum neu geregelt worden; dies führt zusammen mit der erleichterten Finanzierung über die Kapitalmärkte und den weitgehend konstanten Herstellungskosten zu einer verstärkten Nachfrage. Die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt nehmen in diesem Jahr dennoch beträchtlich ab. In Westdeutschland sind alle Bausparten rückläufig. In Ostdeutschland verringern sich die Investitionen im öffentlichen Bau und im gewerblichen Bau ebenfalls; im Wohnungsbau werden sie jedoch aufgrund der bislang noch umfangreichen Förderung im Geschosßwohnungsbau und der lebhaften Ausweitung der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern noch etwas, jedoch weit weniger als zuvor erhöht.

Auch im kommenden Jahr werden die Investitionen im westdeutschen Geschosßwohnungsbau zurückgehen. Aufgrund nochmals verschlechterter Renditeerwartungen wird die Investitionsbereitschaft der Kapitalanleger in die-

Reale Bauinvestitionen¹⁾ in West- und Ostdeutschland
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	Anteile in vH im Jahr 1995	1995	1996	1997
Wohnbauten	52,5	3,0	-2,0	-1,5
Westdeutschland	56,7	-0,3	-3,5	-0,5
Ostdeutschland	42,1	16,2	2,5	-4,0
Gewerbliche Bauten	31,7	1,2	-5,0	0,0
Westdeutschland	28,7	-0,3	-4,5	1,5
Ostdeutschland	39,2	4,2	-6,0	-3,0
Öffentliche Bauten	15,8	-4,4	-6,0	-1,0
Westdeutschland	14,7	-5,1	-6,5	-0,5
Ostdeutschland	18,7	-2,9	-5,5	-2,5
<i>Bauinvestitionen insgesamt</i>	100,0	1,2	-3,5	-1,0
Westdeutschland	100,0	-1,0	-4,0	0,0
Ostdeutschland	100,0	7,4	-2,5	-3,5

¹⁾ In Preisen von 1991.
Quellen: Statistisches Bundesamt; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

sem Bereich weiter nachlassen. Das Angebot an Mietwohnungen vergrößert sich infolge der bereits begonnenen Bauvorhaben weiter. Die Nachfrage nach Wohnraum erhöht sich kaum, da die real verfügbaren Einkommen nur wenig zunehmen. Damit werden die Mieten eher weniger als 1996 steigen. Im Gegensatz zum Geschosßwohnungsbau wird die Nachfrage nach selbstgenutzten Eigenheimen bei weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen und nahezu stagnierenden Baukosten fortgesetzt expandieren. Sie ist, zusammen mit den leicht steigenden Modernisierungsinvestitionen an Wohngebäuden, jedoch nicht kräftig genug, um die Abwärtstendenz im westdeutschen Wohnungsbau insgesamt zu beenden.

Die Investitionen im ostdeutschen Wohnungsbau werden im nächsten Jahr erstmalig zurückgehen. So werden die Sonderabschreibungen für den Neubau von Mietwohnungen von 50 auf 25 vH gekürzt. Das wird die Investitionen hier beträchtlich sinken lassen; die volle Wirkung ergibt sich im kommenden Jahr jedoch nicht, weil die bisherigen Begünstigungen 1997 noch genutzt werden können, sofern bereits in diesem Jahr Anzahlungen auf die Bauvorhaben geleistet werden. Die Wohnungsbauinvestitionen werden auch deshalb nicht so deutlich sinken, weil die neue Wohneigentumsförderung in den neuen Bundesländern greift. Sie begünstigt gerade die in Ostdeutschland relativ große Anzahl von Beziehern geringer Einkommen. Außerdem ist Eigentum an Ein- und Zweifamilienhäusern dort weit weniger verbreitet als in den alten Bundesländern. Angesichts der kräftig angehobenen Mieten in den

zurückliegenden Jahren wird der Erwerb von Wohneigentum zunehmend attraktiv, zumal auch die Einkommen deutlich gestiegen sind. Auch die fortgesetzt staatlich geförderten Modernisierungsinvestitionen in den Altbestand werden höher sein als im Vorjahr.

Die gewerblichen Bauinvestitionen dürften sich in den alten und neuen Bundesländern 1997 entgegengesetzt entwickeln. Während sie mit dem Aufschwung der Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland expandieren werden, gehen sie in Ostdeutschland weiter zurück. Hier hat die starke Ausweitung des Angebots bei Hotels, Bürogebäuden sowie Handels- und Lagerhäusern die Renditen sinken lassen, und die Investoren sind zurückhaltender geworden. Zugleich sind ostdeutsche Unternehmen vielfach wirtschaftlich noch nicht gesund genug, um zusätzliche Investitionen finanzieren zu können.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden angesichts der angespannten finanziellen Lage der Gebietskörperschaften in West- wie in Ostdeutschland fortgesetzt abnehmen. Das Tempo des Rückgangs dürfte sich jedoch deutlich vermindern; die Gemeinden — der wichtigste öffentliche Auftraggeber — werden nach der Einführung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung, die zu einer Ausweitung der Leistungen der stationären Pflege führt, in erheblichem Umfang von Ausgaben für die Sozialhilfe entlastet und erhalten Investitionszuschüsse für den Bau von Pflegeeinrichtungen.

Alles in allem wird der Rückgang der Bauinvestitionen 1997 niedriger als in diesem Jahr sein. Während er sich in Ostdeutschland noch verstärkt, gehen die Bauinvestitionen in Westdeutschland im Zuge der konjunkturellen Erholung der Wirtschaft nicht mehr zurück.

Privater Verbrauch expandiert weiter

Erwartungsgemäß ist es in der ersten Jahreshälfte zu einer verstärkten Expansion des privaten Verbrauchs gekommen. Zu Jahresbeginn 1996 wurden das Existenzminimum von der Einkommensbesteuerung freigestellt, das Kindergeld sowie der Kinderfreibetrag aufgestockt und der „Kohlepfennig“ abgeschafft. Nach der damit verbundenen sprunghaften Erhöhung am Jahresanfang nahmen die verfügbaren Einkommen im Verlauf, vor allem wegen des geringen Anstiegs der Tariflöhne, der rückläufigen Zahl der Erwerbstätigen und der niedrigen Anhebung der Renten, nur noch relativ schwach zu. Überdies wurde zur Jahresmitte der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben. In der zweiten Jahreshälfte wird der private Verbrauch bei unveränderter Sparquote deutlich weniger als in der ersten ausgeweitet. Die Käufe beim Einzelhandel dürften allenfalls stagnieren; dagegen sind die Pkw-Käufe weiter aufwärts gerichtet. Auch die Ausgaben für Dienstleistungen, die bereits seit längerer Zeit rascher als die für Waren zunehmen, erhöhen sich nach wie vor überdurchschnittlich.

Zu Jahresbeginn 1997 wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben. Trotz der gleichzeitigen Senkung des Beitragssatzes in der Krankenversicherung vermindert sich dadurch per saldo das verfügbare Einkommen. Dadurch wird die Zunahme des privaten Verbrauchs vorübergehend gedämpft. Die tariflichen Neuabschlüsse dürften angesichts der weiter angespannten Arbeitsmarktsituation und der hohen Preisniveaustabilität im kommenden Jahr ähnlich niedrig wie in diesem ausfallen. Die Zahl der Erwerbstätigen geht jedoch nicht weiter zurück. Damit nimmt die Bruttolohn- und -gehaltssumme etwas stärker als in diesem Jahr zu. Geprägt von den Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand expandieren allerdings die staatlichen Einkommensübertragungen wohl abgeschwächt. Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung werden sich insbesondere auf die Leistungen aus der Krankenversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung dämpfend auswirken. Dagegen dürften die gesetzlichen Altersrenten 1997 wieder etwas stärker als im laufenden Jahr angehoben werden. Deutlich größer als 1996 dürfte im kommenden Jahr bei der verbesserten Konjunktur die Zunahme der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen sein. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen 1997 um 3 vH höher sein als in diesem Jahr. Das ist ein etwas geringerer Zuwachs als 1996. Da der Deflator des privaten Verbrauchs etwas langsamer zunimmt als im Vorjahr, ergibt sich ein nahezu unveränderter Realeinkommensanstieg um 1½ vH. In diesem Ausmaß wird auch der private Verbrauch ausgeweitet; er expandiert damit so wie in diesem Jahr.

Preisanstieg bleibt gering

Angesichts der verhaltenen Konjunktur blieb der Preisanstieg mäßig. Der Preisindex für die Lebenshaltung war im Sommer lediglich 1,4 vH höher als ein Jahr zuvor; eine solch niedrige Rate wurde zuletzt 1988 erreicht. Nahezu konstant blieben, bedingt auch durch billigere Importe, die Preise für Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Bei Dienstleistungen hat sich die Teuerung im Jahresverlauf spürbar verringert; das gilt auch für die Mieten, bei denen sich zunehmend die Entspannung am Wohnungsmarkt niederschlägt. Recht kräftig erhöhten sich lediglich die Preise für Dienstleistungen im Gesundheitswesen, insbesondere in Krankenhäusern und Pflegeheimen. In den Sommermonaten zogen zudem die Preise für Mineralölzeugnisse im Zuge einer weltweiten Verteuerung und der Festigung des Dollarkurses stark an.

In Ostdeutschland waren in diesem Jahr größere Unterschiede in der Preisentwicklung zu Westdeutschland nur noch im Bereich der Mieten auszumachen. Der Übergang zum Vergleichsmietensystem im Sommer vergangenen Jahres hatte zu einem Mietanstieg von fast 10 vH geführt. Dieser Effekt macht sich ab August dieses Jahres in der Statistik nicht mehr bemerkbar, seither ist die Mietsteigerungsrate kaum höher als in Westdeutschland.

Das ruhige Preisklima in Deutschland insgesamt wird weiter anhalten. Aufgrund der moderaten konjunkturellen Erholung und der noch unterausgelasteten Kapazitäten bleibt der Wettbewerb intensiv. Auch gehen von der Lohnkostenentwicklung kaum Anstöße zu Preissteigerungen aus. Ähnliches gilt für die Importe, zumal der Preis für Erdöl wieder nachgeben wird. Dabei bleibt der Preisauftrieb in Ostdeutschland ebenfalls verhalten, auch wenn sich zu Jahresbeginn aufgrund weiterer Mieterhöhungen eine leichte Beschleunigung ergibt. Insgesamt wird die durchschnittliche Preissteigerungsrate 1997 mit 1½ vH gleich niedrig sein wie in diesem Jahr.

Belebung der Produktion

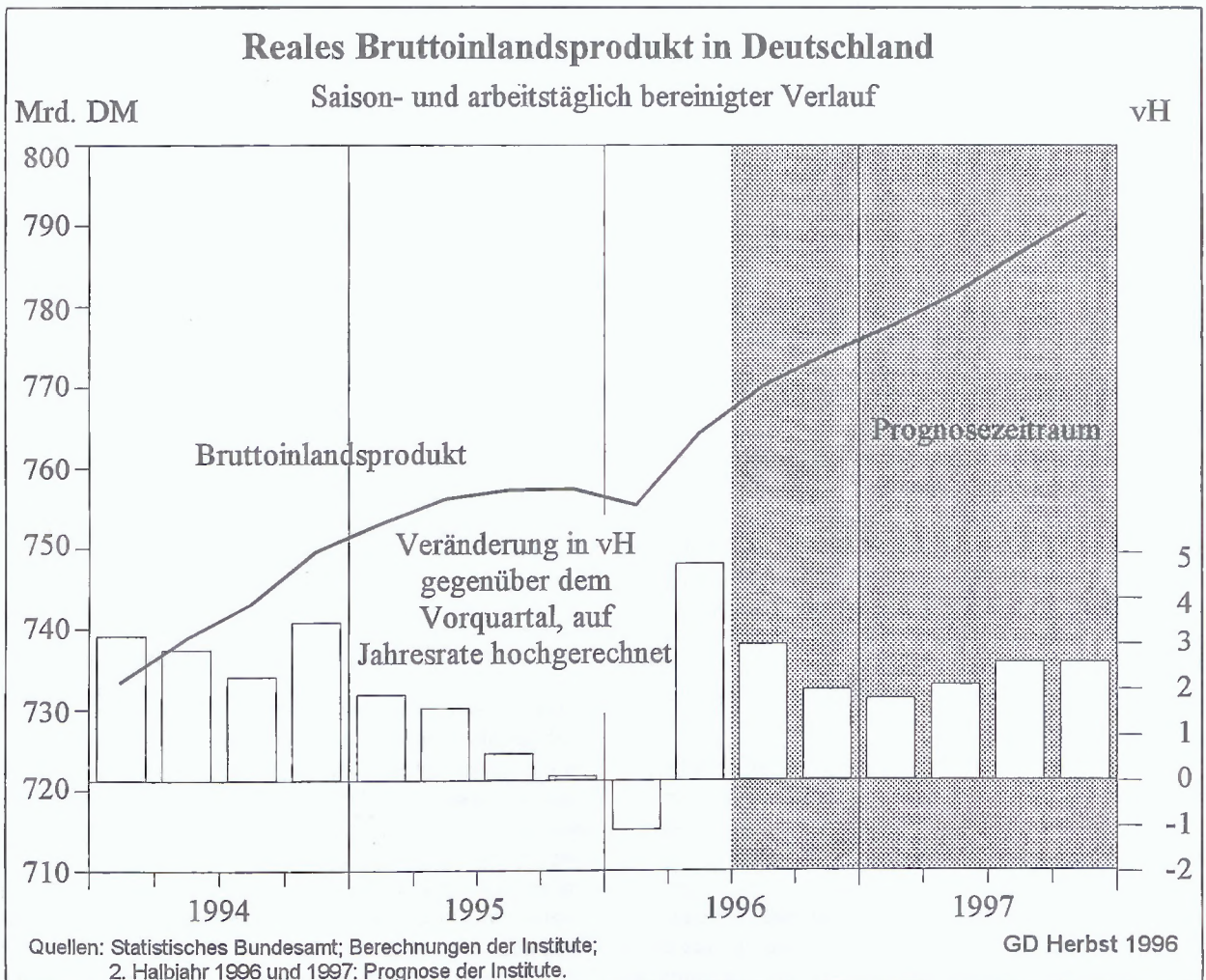
Nach der Schwächephase, die in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres eingesetzt hatte, ist die gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem Frühjahr deutlich aufwärts gerichtet. Die kräftige Expansion des Bruttoinlandspro-

dukts im Sommerhalbjahr (Schaubild) überzeichnet allerdings die konjunkturelle Grundtendenz. Etwa ein Drittel des Anstiegs resultiert aus dem Nachholen der Produktionsausfälle vom Winter, noch höher ist dieser Anteil in der Bauwirtschaft; aber auch bereinigt um diesen Effekt ergab sich mit einer laufenden Jahresrate von 2½ vH eine merkliche Belebung der Entwicklung in Westdeutschland, wo vor allem die Industrieproduktion zunahm, während die Bauproduktion in der Grundtendenz weiter schwach blieb.

In Ostdeutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion ebenfalls erhöht, doch waren hier der Einbruch im Winter und damit auch die Nachholeffekte infolge des weit größeren Anteils der Bauwirtschaft und baunaher Industriebereiche erheblich größer als in Westdeutschland. In der Grundtendenz hat sich das Expansionstempo aber merklich verlangsamt. Dies gilt insbesondere für den Baubereich, weniger ausgeprägt für die Industrie.

Bei weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen wird sich freilich die konjunkturelle Erholung in

Schaubild 3



Deutschland im kommenden Jahr trotz der tendenziell dämpfenden Einflüsse von der Finanzpolitik fortsetzen, wenngleich ohne große Dynamik. Insbesondere bleibt die Investitionstätigkeit im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen eher verhalten. In Westdeutschland wird sich die zyklische Belebung im Laufe des kommenden Jahres bei anhaltend kräftiger Nachfrage aus dem Ausland und einer wieder etwas regeren Investitionstätigkeit leicht beschleunigen. Dies gilt insbesondere für die Industrie, im Baugewerbe dürfte zumindest der Rückgang aufhören.

Für Ostdeutschland ist dagegen eine leichte Abschwächung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Ausschlaggebend dafür ist die Entwicklung im Baugewerbe. Mit nachlassender Förderung, insbesondere im Wohnungsbau, wird die Bautätigkeit deutlich gedämpft. Die Industrieproduktion erhält zwar von der Besserung der Konjunktur in Westdeutschland einige Impulse; die Zunahme bleibt aber verhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit ist nach wie vor unbefriedigend, und die ungünstigere Entwicklung im Bausektor strahlt wegen des großen Gewichts dieses Bereichs erheblich auf das verarbeitende Gewerbe aus. Alles in allem wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 1997 im Jahresergebnis um 2½ vH erhöhen, nach 1½ vH in diesem Jahr. In Ostdeutschland wird der Produktionsanstieg im kommenden Jahr eher etwas niedriger ausfallen als in diesem. Der Aufholprozeß in den neuen Bundesländern stockt.

Trotz konjunktureller Erholung kaum Aufhellung am Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist ungeachtet der begonnenen konjunkturellen Erholung unverändert prekär. Immerhin ist der — im Winter noch einmal verstärkte — Rückgang der Beschäftigung in den Sommermonaten zum Stillstand gekommen. Gleichwohl ist die Zahl der Arbeitslosen zuletzt beschleunigt gestiegen. Dazu trug vor allem die hohe Zahl der Schulabgänger bei, die bisher noch ohne Lehrstelle sind. Zudem wurden in Westdeutschland Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung eingeschränkt. Möglicherweise hat sich aber auch das Einstellungsverhalten der Unternehmen mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit in den Tarifverträgen und damit einhergegangener Zusagen zur Beschäftigungssicherung geändert. Die in der Schwächephase reduzierte Arbeitszeit wird nun durch Mehrarbeit ausgeglichen. Dies führt bei anziehender Produktion vorerst zu einer Zurückhaltung bei Neueinstellungen.

In der Entwicklung der Erwerbstätigkeit gab es deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. In den alten Bundesländern hat sich bisher lediglich ihr Rückgang spürbar verlangsamt. Auffallend ist, daß die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe auch nach Überwindung der Rezession 1993 deutlich abwärts gerichtet blieb, obwohl die Produktion zwischenzeitlich merklich stieg. Dies ist vor allem eine Folge verstärkter Rationalisierungsbemühun-

gen. Zudem hatten offenbar viele Unternehmen unter dem Eindruck der nur kurzen Erholungsphase ihre Personalplanung erst einmal deutlich nach unten revidiert. Im Baugewerbe war der Beschäftigungsrückgang im Winterhalbjahr besonders ausgeprägt, zu einer vollständigen Wiederaufstockung der Belegschaften ist es nicht gekommen. Dagegen hielt der Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungsgewerbe auch in diesem Jahr an.

In Ostdeutschland ergab sich zwar in den Sommermonaten wieder ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung, doch haben hier weit mehr als in Westdeutschland Nachholeffekte als Reaktion auf den harten Winter eine Rolle gespielt. Sie waren auch der Hauptgrund dafür, daß sich die Arbeitslosigkeit hier, anders als in Westdeutschland, seit dem Frühjahr wieder etwas zurückgebildet hat.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich auch im kommenden Jahr trotz weiterer Erholung der Konjunktur nur geringfügig bessern. In der Regel wird zunächst das vorhandene Personal wieder stärker ausgelastet. Außerdem erhöht sich die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen erfahrungsgemäß erst dann merklich, wenn die Aufwärtsentwicklung als gefestigt angesehen wird. Vor diesem Hintergrund wird die Beschäftigung erst im späteren Verlauf des Jahres 1997 wieder zunehmen, allerdings lediglich in Westdeutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen wird aber im Jahresdurchschnitt nicht höher sein als in diesem Jahr.

In Ostdeutschland wird sich die leichte Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zunächst noch fortsetzen. 1997 wird es aber mit nachlassender Bautätigkeit im Baugewerbe und den davon abhängenden Industriebereichen vermehrt zu Entlassungen kommen. Leichte Beschäftigungssteigerungen in anderen Bereichen, nicht zuletzt im Dienstleistungssektor, reichen nicht aus, um den Belegschaftsabbau auszugleichen. Insgesamt wird so die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 1997 etwas sinken.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wird mit fortschreitender konjunktureller Erholung im späteren Verlauf des Jahres 1997 leicht zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie aber nochmals 4 Mill. betragen. Dies entspricht, bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen, einer Arbeitslosenquote von 10,4 vH. In Ostdeutschland wird die Arbeitslosenquote dabei auf 16 vH steigen (1996: 15½ vH).

Rückgang des Leistungsbilanzdefizits

Die Warenausfuhr expandiert in diesem Jahr deutlich kräftiger als die Einfuhr, und der Überschuß in der Handelsbilanz vergrößert sich. Bei den Dienstleistungen war es 1995 zu einem Umschwung gekommen; die Einnahmen nahmen u.a. wegen höherer Erträge bei Versicherungs- und Finanzdienstleistungen deutlich stärker zu als die Ausgaben, so daß sich das in den Jahren zuvor beträchtlich gestiegene Defizit kaum noch ausweitete. Diese Entwicklung setzt sich 1996 fort. Dagegen hält bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen die Passivierungstendenz an.

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte, in 1000 Personen

	1994	1995	1996	1997
<i>Deutschland</i>				
Erwerbstätige im Inland	34 979	34 868	34 580	34 590
Selbständige	3 586	3 622	3 650	3 670
Abhängig Beschäftigte	31 393	31 246	30 930	30 920
darunter:				
Kurzarbeiter	372	199	275	215
Arbeitslose	3 698	3 612	3 945	4 000
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,6	9,4	10,3	10,4
Pendlersaldo	—11	—37	—45	—55
Erwerbstätige Inländer	34 968	34 831	34 535	34 535
<i>Westdeutschland</i>				
Erwerbstätige im Inland	28 665	28 482	28 250	28 290
Selbständige	3 086	3 099	3 110	3 120
Abhängig Beschäftigte	25 579	25 383	25 140	25 170
darunter:				
Kurzarbeiter	275	128	200	140
Arbeitslose	2 556	2 565	2 785	2 800
Arbeitslosenquote ²⁾	8,2	8,3	9,0	9,0
<i>Ostdeutschland</i>				
Erwerbstätige im Inland	6 314	6 386	6 330	6 300
Selbständige	500	523	540	550
Abhängig Beschäftigte	5 814	5 863	5 790	5 750
darunter:				
ABM-Beschäftigte	280	312	280	260
Kurzarbeiter	97	71	75	75
Arbeitslose	1 142	1 047	1 160	1 200
Arbeitslosenquote ²⁾	15,3	14,1	15,5	16,0
Frühverrentete	650	374	180	60
Berufliche Vollzeitweiterbildung	241	243	230	210
¹⁾ Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortskonzept). — ²⁾ Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortskonzept). <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen der Institute; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.				

Die weltweit niedrigen Zinsen dämpfen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben den Anstieg; gleichwohl ist er bei den Ausgaben — auch wegen der hohen Leistungsbilanzdefizite und des damit einhergegangenen Kapitalimports in den vergangenen Jahren — erheblich kräftiger als bei den Einnahmen.

Die Ausfuhr wird auch 1997 im Gefolge der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern weiter zügig expandieren. Zwar wird auch die Einfuhr mit der Belebung von Nachfrage und Produktion in Deutschland beschleunigt zunehmen, allerdings ist ihr Anstieg weniger stark als der der Ausfuhr, so daß sich der Überschuß in der Handelsbilanz nochmals erhöhen wird. In diesem Jahr dürfte er eine Größenordnung von 95 Mrd. DM, im nächsten 115 Mrd. DM deutlich überschreiten. Im Dienstleistungsverkehr mit dem

Ausland ist ein neuerlicher Umschwung derzeit wenig wahrscheinlich; das Defizit wird sich nicht nennenswert ändern. Bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen wird sich die Passivierungstendenz allenfalls leicht abschwächen. Gleichwohl wird sich das Leistungsbilanzdefizit als Folge der anhaltend kräftigen Aktivierung der Handelsbilanz weiter zurückbilden; 1997 dürfte es mit rund 15 Mrd. DM nur noch halb so groß sein wie 1995.

Öffentliche Haushalte im Zeichen verstärkter Konsolidierung

Angesichts der angespannten Finanzlage, zu der die flauere Konjunktur maßgeblich beitrug, haben Bund, Länder und Gemeinden im Lauf des Jahres 1996 zahlreiche Maß-

nahmen ergriffen, um den Ausgabenanstieg zu begrenzen und eine Zunahme der Budgetdefizite zu verhindern. So wurden Investitionsvorhaben zurückgestellt und fast überall Haushaltssperren erlassen. Auch kam es zu Leistungskürzungen (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe), doch fielen diese kaum ins Gewicht. Schließlich gelang es, den Anstieg der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst deutlich zu verringern. Trotz der Sparanstrengungen wird das — um Sonderfaktoren bereinigte¹ — Budgetdefizit aller Gebietskörperschaften im Jahr 1996 größer als im Vorjahr sein; wegen der höheren Arbeitslosigkeit sind zusätzliche Ausgaben zu leisten, und die schwache Konjunktur

führt zu Mindereinnahmen. Überdies wirken sich die Einkommensteuersenkung und die Anhebung des Kindergeldes (zusammen rund 21 Mrd. DM) sowie die Abschaffung

¹ Die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt und eines Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft (zusammen 234,6 Mrd. DM) auf den Erblastentilgungsfonds sowie die Übernahme des Kapitals der Deutschen Kreditbank durch den Bund (5,6 Mrd. DM) im Jahr 1995 werden hier — anders als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — nicht als Übertragung des Staates an die Unternehmen bzw. der Unternehmen an den Bund gebucht.

Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie Veränderung von Steuern und Sozialabgaben 1997
Haushaltssent- (+) und -belastungen (–); in Mrd. DM

<i>Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG)</i>	9,7	Einschränkungen beim Zahnersatz	0,4
Rentenversicherung	6,5	Wegfall des Kassenanteils für Brillenfassungen	0,3
Verkauf von Grund- und Beteiligungsvermögen	2,5	Begrenzung der Verwaltungsausgaben	0,2
Zurückführung der Rehabilitationsleistungen	2,1	Vorziehen des Zahlungstermins der Beiträge	1,3
Zeitigere Nachversicherung ausscheidender Soldaten	0,5	<i>Arbeitsförderungs-Reformgesetz</i>	0,5
Einführung einer Versicherungspflicht für Studenten	0,4	Angleichung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen Ost- an Westdeutschland	0,6
Absenkung der Fremdrenten	0,2	Streichung der originären Arbeitslosenhilfe	0,6
Zuzahlungen bei Kuren	0,2	Sonstiges (inkl. Folgeausgaben bei der Sozialhilfe)	–0,7
Stufenweise Anhebung der Altersgrenzen für Frauen	0,1	<i>Summe aller Maßnahmen aus dem WFG und den Begleitgesetzen</i>	19,1
Neubewertung der Pflichtbeitragszeiten wegen Berufsausbildung	0,1	<i>Steuern</i>	
Sonstiges	0,4	Jahressteuergesetz 1997 und sonstige steuerliche Maßnahmen	–4,9
Arbeitslosenversicherung	3,2	Wegfall der Vermögensteuer	–8,8
Verkauf von Darlehensforderungen, beschleunigter Forderungseinzug	1,5	Erhöhung der Erbschaftsteuer	1,6
Begrenzung von Verwaltungsaufwendungen	0,9	Abschaffung der Gewerbesteuer	–3,7
Umwandlung beruflicher Rehabilitation in Ermessensleistungen	0,5	Anhebung der Grunderwerbsteuer	3,2
Aussetzung der Dynamisierung der Lohnersatzleistungen 1997	0,3	Reform der Kraftfahrzeugsteuer	2,1
		Sonstige Maßnahmen	0,7
<i>Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz</i>	1,4	<i>Sozialabgaben</i>	17,5
Einsparung von Verwaltungskosten	0,7	Rentenversicherung: Erhöhung des Beitragsatzes von 19,2 vH auf 20,2 vH zum 1.1.1997	14,5
Verkauf von Vermögen der Arbeiterrentenversicherung	0,5	Pflegeversicherung: Anhebung des Beitragsatzes von 1 vH auf 1,7 vH zum 1.7.1996	4,5
Sonstiges	0,2	Krankenversicherung: Senkung der Beitragsbelastung im Jahresdurchschnitt 1997 um 0,1 Prozentpunkte	–1,5
<i>Beitragsentlastungsgesetz (gesetzl. Krankenversicherung)</i>	7,5	<i>Veränderung von Steuern und Sozialabgaben insgesamt</i>	12,6
Absenkung des Krankengeldes um 10 Prozentpunkte	1,9	Nachrichtlich:	
Beschränkung der Gesundheitsförderung	1,2	Haushaltswirksame, aber nicht konjunkturwirksame Steuerrechtsänderungen:	
Kürzungen bei stationären Kuren	0,9	Verschiebung der Anhebung des Grundfreibetrags auf 1998	1,5
Fehlbelegungsabbau im Krankenhaus infolge der Pflegeversicherung	0,8		
Erhöhung der Zuzahlung zu Arzneimitteln um 1 DM	0,7		

Quellen: Gesetzentwürfe, Bundesfinanzministerium; Berechnungen der Institute.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,5	2,5	1,6	1,5	2,5	5,3	2,0	2,0
Erwerbstätige ²⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	−0,3	−1,0	0,0	−0,6	−1,0	0,0	1,1	−1,0	−0,5
Arbeitslose (1000 Personen)	3 612	3 945	4 000	2 565	2 785	2 800	1 047	1 160	1 200
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	9,4	10,3	10,4	8,3	9,0	9,0	14,1	15,5	16,0
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,8	1,5	1,5	1,7	1,5	1,5	2,1	2,5	1,5
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,1	0,5	−0,5	0,9	0,0	−0,5	1,6	1,5	1,0
Finanzierungssaldo ⁶⁾ des Staates (Mrd. DM)	−122,6 ^{a)}	−144,0	−126,5	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	−30,1	−26,0	−15,5	—	—	—	—	—	—

1) In Preisen von 1991. — 2) Im Inland. — 3) Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortskonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortskonzept). — 4) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 5) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991. — 6) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 7) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. — a) Ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank sowie ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30,0 Mrd. DM.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen der Institute; 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

des „Kohlepfennig“ (6 Mrd. DM) aufkommensmindernd aus, so daß das — um die Einflüsse der geänderten Buchungstechnik beim Kindergeld bereinigte² — Steuervolumen nur wenig steigen wird. Dagegen führt die Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung) zu erheblichen Mehreinnahmen. Die Ausgaben der Sozialversicherung expandieren mit 6 vH abermals kräftig.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird 1996 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 144 Mrd. DM betragen und damit um reichlich 20 Mrd. DM höher als im Vorjahr ausfallen. Die öffentlichen Schulden werden als Folge der anhaltend hohen Haushaltsfehlbeträge bis zum Jahresende 1996 auf rund 2 140 Mrd. DM zunehmen. Das Budgetdefizit dürfte sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 4 vH, der Schuldenstand auf etwas mehr als 60 vH belaufen. Dies bedeutet, daß im Jahr 1996 die im Vertrag von Maastricht festgelegten finanzpolitischen Referenzwerte überschritten werden.

Zur Konsolidierung der Staatsfinanzen hat die Bundesregierung im Frühjahr 1996 ein Sparpaket geschnürt. Es

sieht vor, die Ausgaben des Staates — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — im Jahre 1997 um insgesamt 12 Mrd. DM zu kürzen, das entspricht 0,3 vH des Bruttoinlandsprodukts. Von den Sparmaßnahmen wird der Staatsverbrauch besonders betroffen sein; er dürfte mit 1,7 vH nur halb so stark wie im Jahre 1996 zunehmen. Ausschlaggebend dafür sind die Kürzungen bei der Renten- und der Krankenversicherung sowie bei den Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften. Hinzu kommt die niedrige Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Die Sozialleistungen dürften 1997 infolge der Sparmaßnahmen (bei den Renten, beim Krankengeld und bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung) ebenfalls schwächer expandieren als in diesem Jahr. Die staatlichen Investitionsausgaben hingegen werden im kommenden Jahr nach dem kräftigen Rückgang in diesem Jahr wohl nicht weiter eingeschränkt. Die Zinsausgaben

² Das Kindergeld an Erwerbstätige wird seit 1996 als Mindereinnahme des Staates gebucht. Dies führt zu einer Verringerung der Staats- wie auch der Abgabenquote um jeweils 0,5 Prozentpunkte.

auf die öffentlichen Schulden werden auch 1997 deutlich stärker als die sonstigen Staatsausgaben steigen. Zwar ist das durchschnittliche Zinsniveau gesunken, der Schuldenstand erhöht sich aber 1996 nochmals kräftig. Im nächsten Jahr wird ein Sechstel des Steueraufkommens für Zinszahlungen benötigt. Der Anstieg der Ausgaben, der — bereinigt um Sonderfaktoren³ — 5,4 vH im Jahr 1995 betrug, wird sich auf reichlich 3 vH in diesem und voraussichtlich auf mehr als 2 vH im kommenden Jahr abflachen.

Die Einnahmen des Staates werden 1997 mit 3½ vH deutlich stärker aufwärts tendieren als 1996. Das Steueraufkommen wird nach dem Rückgang in diesem Jahr im Gefolge der konjunkturellen Erholung wieder spürbar steigen; die Steuerrechtsänderungen — Wegfall der Vermögensteuer, Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer sowie Anhebung der Erbschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer — mindern das Aufkommen nur wenig. Die Beitragseinnahmen werden infolge der Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung sowie der zur Mitte dieses Jahres erhöhten Beiträge zur Pflegeversicherung zunehmen. Die Beitragssätze in der Krankenversicherung werden angesichts des anhaltend kräftigen Anstiegs der Ausgaben nur wenig gesenkt wer-

den. Die Mindereinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen dürften per saldo deutlich kleiner sein als die Mehreinnahmen der Sozialversicherung infolge der Beitragssatzanhebung (Tabelle). Die Abgabenbelastung wird in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf dem hohen Niveau von 43 vH verharren.

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte 1997 um 17 Mrd. DM auf 127 Mrd. DM sinken; maßgeblich dafür sind die Drosselung des Ausgabenanstiegs sowie die Erhöhung der Sozialabgaben. Der Fehlbetrag wird gleichwohl rund 3½ vH des Bruttoinlandsprodukts betragen. Damit werden die im Vertrag von Maastricht festgelegten Referenzwerte für das Defizitkriterium und das Schuldenstandskriterium aus heutiger Sicht auch 1997 nicht erreicht.

³ Bei den Staatsausgaben wird hier — wie erwähnt — die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt und eines Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft auf den Erblastentilgungsfonds nicht berücksichtigt. Außer Betracht bleibt auch die neue Buchungstechnik beim Kindergeld seit Beginn dieses Jahres; sie führt 1996 zu einer Bilanzverkürzung im Staatskonto um 14 Mrd. DM.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Die Konjunkturflaute, die sich im vergangenen Jahr in Deutschland — wie auch in mehreren anderen europäischen Ländern — herausgebildet hatte, ist überwunden. Seit dem Frühjahr hat die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen. Bei den günstigen monetären Rahmenbedingungen wird sich die konjunkturelle Erholung im nächsten Jahr fortsetzen und an Breite gewinnen. Gleichwohl bleibt sie im Vergleich zu vielen früheren Aufschwungsphasen vorerst ohne große Dynamik. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der relativ verhaltenen Investitionsentwicklung. Wichtige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen haben sich bisher kaum verbessert und belasten weiterhin das Investitionsklima; das gilt insbesondere für die Finanzpolitik.

Das Wiederanspringen der Konjunktur bringt für die Wirtschaftspolitik keine Entwarnung. Die drängenden Probleme — die hohe Arbeitslosigkeit und das Stocken des Aufholprozesses in Ostdeutschland — sind ungelöst. Angesichts des moderaten Tempos der konjunkturellen Expansion ist für das kommende Jahr noch keine durchgreifende Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Sie würde auf Jahre hinaus eine deutlich höhere wirtschaftliche Dynamik voraussetzen als derzeit absehbar.

Die Probleme der ostdeutschen Wirtschaft werden auch durch eine kräftige konjunkturelle Erholung im Westen nicht behoben. Das Erlahmen der Auftriebskräfte in den neuen Bundesländern spiegelt in erster Linie eine immer noch unzureichende Eigendynamik des Aufholprozesses wider, die mit nachlassenden Impulsen von seiten des Staates nun deutlich zu Tage tritt. Der Grund für die unzureichende Eigendynamik liegt insbesondere in dem insgesamt — bei deutlichen Unterschieden im einzelnen — weiterhin hohen Rückstand an Wettbewerbsfähigkeit. Mit der raschen Lohnanpassung wurde sowohl die Senkung der Lohnstückkosten auf das westdeutsche Niveau als auch das Entstehen ausreichender Gewinne verhindert, die in einer Marktwirtschaft der Motor der Entwicklung sind. Dieser angebotsseitige Mangel ist in der konjunkturellen Schwäche besonders sichtbar geworden. Ein Aufschwung würde ihn nicht beseitigen. So bleiben denn auch die Arbeitsmarktperspektiven für Ostdeutschland düster. Hält die Stockung des Aufholprozesses in Ostdeutschland an, wird sie zu einem Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland insgesamt werden. Die Wirtschaftspolitik muß deshalb rasch eine angemessene Antwort darauf finden.

Ein besonderes Problem für die Wirtschaftspolitik ergibt sich aus dem Näherrücken der Europäischen Währungsunion (EWU). Da die wirtschaftlichen Daten des Jahres 1997 die Basis für die Qualifizierung zur Teilnahme bilden, ist die Bundesregierung bestrebt, die finanzpolitischen Referenzwerte des Maastricht-Vertrages strikt zu erfüllen.

In diesem Jahr wird insbesondere das Budgetkriterium deutlich verfehlt; nach Einschätzung der Institute wird 1996 das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 4 vH betragen. Im kommenden Jahr dürfte es sich auch unter Berücksichtigung der schon beschlossenen Maßnahmen lediglich auf rund 3½ vH zurückbilden.

Jedwede Konsolidierung sollte Teil eines mittelfristigen Konzeptes sein, das es erlaubt, das Defizit — entsprechend den Intentionen des Maastricht-Vertrages — auch dauerhaft niedrig zu halten. Gegenwärtig steht allerdings die rasche Rückführung des Budgetdefizits im Zentrum der finanzpolitischen Bemühungen. Die Vorschläge zum Stopfen der immer wieder zu Tage tretenden Haushaltslöcher sind zumeist von hektischem Aktionismus geprägt; darüber drohen mittelfristige Konzepte aus dem Blick zu geraten. Damit wird mehr Vertrauen verspielt als gewonnen, zumal bei den meisten Vorschlägen einmal mehr Steueranhebungen bzw. die Rücknahme bzw. Verschiebung von bereits avisierten Steuersenkungen im Vordergrund stehen. Auch ist nicht auszuschließen, daß damit Ressentiments gegen die Europäische Währungsunion verstärkt werden.

Erschwert wird die Konsolidierung durch die Entwicklung in Ostdeutschland. Das Erlahmen des Aufholprozesses macht die vorgesehene, einen Teil des längerfristigen Konsolidierungskonzeptes bildende Reduzierung der Transfers nach Ostdeutschland immer schwieriger. Um den Prozeß wieder anzuschieben, ist wohl eine — zeitlich befristete — Aufstockung der investiven Mittel unumgänglich. Diese muß allerdings, soll sie wirksam sein, an eine bindende Verpflichtung zu einer lohnpolitischen Kehrtwende gekoppelt werden. Die bloße Alimentation lohnpolitischer Fehlverhaltens bringt den Wachstumsprozeß in Ostdeutschland nicht voran.

Zu einem lohnpolitischen Kurswechsel ist es in Ostdeutschland noch nicht gekommen. Obwohl die Produktivitätsfortschritte mehr und mehr auf westdeutsche Raten zurückfallen und die Produktivitätslücke kaum mehr abnimmt, wird die Anpassung der Ostlöhne an das westdeutsche Niveau weiter vorangetrieben, so daß sich die Schere bei den Lohnstückkosten in den letzten Jahren wieder zu Lasten Ostdeutschlands geöffnet hat. Für eine durchgreifende Erholung der Wirtschaft ist es unumgänglich, daß das Tariflohniveau für einige Jahre nicht steigt. Der Produktivitätszuwachs würde dann Raum lassen für die Verbesserung der Gewinne, die wiederum für Investitionen und für das Schaffen von rentablen Arbeitsplätzen die unerläßliche Voraussetzung ist.

Die Lohnpolitik in Westdeutschland, die im vergangenen Jahr noch die Eintrübung des Konjunkturklimas mit bestimmt hatte, hat unter dem Eindruck erneut steigender

Arbeitslosigkeit einen Kurswechsel vollzogen und trägt beschäftigungspolitischen Erfordernissen wieder stärker Rechnung. So fielen die Lohnabschlüsse in diesem Jahr deutlich niedriger aus als 1995, bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit gab es Fortschritte, und die Möglichkeiten für betriebspezifische Lösungen wurden vergrößert. Um die Fortsetzung des Aufschwungs zu sichern, die Wachstumsdynamik zu erhöhen und die Arbeitsmarktperspektiven nachhaltig zu verbessern, ist auch weiterhin eine moderate, vorrangig an beschäftigungspolitischen Erfordernissen orientierte Lohnentwicklung notwendig. Eine solche Lohnpolitik würde die Gefahr einer Kollision mit der Geldpolitik erheblich verringern, die in der Vergangenheit immer wieder zu einem Abbremsen des Aufschwungs und schließlich zu einer Stabilisierungsrezession geführt hatte.

Um den Herausforderungen durch die zunehmende Globalisierung der Produktion und einen wachsenden Konkurrenzdruck aus den Niedriglohnländern Mittel- und Osteuropas begegnen zu können, werden in letzter Zeit vielfach deutliche Lohnsenkungen in Westdeutschland gefordert. Eine Lohnsenkung bedeutet ein Zurückfallen beim Pro-Kopf-Einkommen. Das mag, wie eine Abwertungsstrategie, kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, ist aber letztlich ein Zeichen für einen Verlust an Standortqualität. Verstärktem Konkurrenzdruck sollte offensiv begegnet werden: Auf der Seite der Unternehmen erfordert das mehr Investitionen und auf seiten der Arbeitnehmer eine verstärkte Qualifizierung sowie ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft und Flexibilität. Darüber hinaus wäre eine stärkere Differenzierung der Löhne wünschenswert, um auch für weniger Qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und für Arbeitslose die Chancen für einen Arbeitsplatz zu vergrößern. Als Folge besserer Qualifizierung und eines höheren Kapitalstocks ergeben sich dann Produktivitätssteigerungen, bei denen die Reallöhne zunehmen können. Den Herausforderungen durch die Globalisierung und dem damit wachsenden Konkurrenzdruck durch Niedriglohnländer kann eine hochentwickelte Volkswirtschaft erfolgreich nur über eine solche Innovationsoffensive begegnen. Die Wachstumsdynamik schafft bei einer solchen Strategie Raum für Beschäftigungssteigerungen, weil gerade über den internationalen Austausch, wie der Handel mit den Staaten Mitteleuropas zeigt, neue Märkte für die Produkte hochentwickelter Volkswirtschaften erschlossen werden.

Finanzpolitik

In der deutschen Finanzpolitik herrscht große Hektik. Gemäß dem Vertrag von Maastricht sollen Länder, wenn sie sich für die Teilnahme an der EWU qualifizieren wollen, im kommenden Jahr ein Defizit in den öffentlichen Haushalten von 3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Trotz der zahlreichen Maßnahmen in Deutschland zur Dämpfung der Zunahme der Ausgaben, vor allem aber zur Erhöhung von Abgaben, übersteigt das

Finanzierungsdefizit den Referenzwert des Vertrages von Maastricht in diesem Jahr sehr deutlich. Für 1997 ist bereits in der ersten Hälfte 1996 ein Sparpaket beschlossen worden, mit dem weitere Ausgaben verringert und zusätzliche Einnahmen erzielt werden sollen. In diesem Herbst ist klar geworden, daß die bestehenden Haushaltsansätze nicht zu halten sind und der Fehlbetrag im nächsten Jahr größer ausfallen dürfte als ursprünglich geplant, zu einem geringen Teil auch dadurch bedingt, daß das Sparpaket wegen des Widerstandes der Länder nicht voll umgesetzt werden kann. Die für die Mitte des Jahres beabsichtigte Senkung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer ist daher verschoben worden; dadurch verringert sich das Defizit für sich genommen um rund 3,5 Mrd. DM. Nach Einsparmöglichkeiten bei den Ausgaben des Bundes in einer ähnlichen Größenordnung wird gesucht.

Im zurückliegenden wie in diesem Jahr sind, bedingt durch die schwache Konjunktur, zusätzliche Ausgaben auf den Staat zugekommen, der Anstieg der Einnahmen verlangsamt sich. Im kommenden Jahr wird die Belebung der Konjunktur entlastend auf die öffentlichen Haushalte wirken. Dennoch zeichnet sich trotz der jüngsten Beschlüsse ein Finanzierungsdefizit ab, das über dem Referenzwert des Vertrages von Maastricht liegt.

Im Tagesgeschehen droht die Finanzpolitik immer mehr von dem Kurs abzukommen, den sie sich selbst für die mittlere Frist gesetzt hat, nämlich den Umfang der Staatstätigkeit zu verringern und die Belastung mit Abgaben zurückzuführen. Im Zuge der deutschen Vereinigung sind die staatlichen Ausgaben sehr viel rascher gestiegen als die Wirtschaft gewachsen ist. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt beansprucht der Staat gegenwärtig reichlich die Hälfte der volkswirtschaftlichen Ressourcen. Sie werden also der Verwendung durch die privaten Unternehmen und Haushalte und damit unmittelbar privaten Rentabilitäts- und Nutzenkalkülen entzogen. Zwar fließen die Mittel letztlich wieder den Privaten zu; aber ihre Verwendungsstruktur ist anders. Das ist vom Staat so gewollt, weil er sich Ziele setzt, die durch Markt- und Wettbewerbsprozesse nicht erreichbar sind oder für nicht erreichbar gehalten werden.

Nur für einen geringen Teil der staatlichen Tätigkeit läßt sich beanspruchen, daß es um die Bereitstellung jener öffentlichen Güter geht, die komplementär zu privatem Wirtschaften und deshalb unverzichtbar sind — also die öffentliche Infrastruktur in einem weiten Sinne. Bei den staatlichen Ausgaben überwiegen solche mit sozialer Bestimmung und konsumtivem Charakter. Durch die staatliche Beanspruchung volkswirtschaftlicher Ressourcen für solche Verwendungszwecke gehen — verglichen mit einem unmittelbaren privaten Ressourceneinsatz — Wirkungen aus, die zusammengekommen das wirtschaftliche Wachstum dämpfen. Das ist zum Teil hinzunehmen, denn zu den ohne weiteres zu akzeptierenden gesellschaftlichen Zielen gehört die Solidarität mit den Schwächeren. Selbstverständlich drücken sich in der Staatstätigkeit auch die Präferenzen seiner Bürger aus, und ihnen ist je nach

Möglichkeit nachzugehen. Schließlich haben die Bedingungen der deutschen Einigung den Staat in ganz besonderer Weise gefordert. Das bedeutet jedoch nicht, daß ein derart großer Umfang der Staatstätigkeit wie derzeit in Deutschland gerechtfertigt ist. Weil die Vereinigung auch künftig hohe öffentliche Transfers in die neuen Bundesländer erfordert, müssen die staatlichen Prioritäten neu gesetzt werden. Präferenzen sind zwar zu respektieren, aber der Staat kann nun weniger Wünsche erfüllen. Auch gibt es genügend Anzeichen dafür, daß viele Sozialausgaben nicht ausschließlich und in erster Linie wohlbegründeten sozialen Zielen dienen, also nicht den eigentlichen Zwecken zugute kommen. Ähnlich müssen die umfangreichen Steuervergünstigungen und Subventionen in Frage gestellt werden, die der Staat gewährt, um private Unternehmen und Haushalte zu Maßnahmen anzuregen, die sie sonst nicht oder nicht in diesem Umfang vornähmen — wie bestimmte Unternehmensinvestitionen, bestimmte Baumaßnahmen oder das Sparen —, oder um Aktivitäten zu stützen, die sich sonst im Markt und im Wettbewerb nicht oder schlechter behaupten könnten, wie die Landwirtschaft, der Steinkohlenbergbau oder der Schiffbau.

Die allokativen Verwerfungen, die aus der staatlichen Inanspruchnahme von volkswirtschaftlichen Ressourcen herrühren, sind deshalb in Deutschland nicht geringer, sondern größer geworden, nachdem mit der Vereinigung die Staatsausgaben so kräftig ausgeweitet worden sind. Es darf jedoch auch keine Scheu bestehen, die Transfers für Ostdeutschland einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Unumgänglich ist, daß die Transfers für Ostdeutschland künftig in stärkerem Maße für investive Zwecke verwendet werden. Der Anteil der investiv eingesetzten Mittel ist nach verschiedenen Berechnungen in den letzten Jahren etwa konstant geblieben; er liegt derzeit bei einem Drittel der Gesamtsumme. Mittelaufstockungen sollten sich auf investive Zwecke beschränken, konsumtive Transfers müssen zugunsten einer investiven Verwendung zurückgeschraubt werden. Gleichzeitig sind sowohl die Förderung von Investitionen als auch direkte Hilfen für die Gebietskörperschaften nach Allokations- und Effizienzgesichtspunkten zu überprüfen und zu straffen; auch ist unübersehbar, daß sich im einzelnen Subventionsmentalität zu verfestigen droht. Gefördert werden sollten vorrangig Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Infrastruktur. Ohne lohnpolitische Flankierung wäre selbst eine kräftige Aufstockung der Transfers bei gleichzeitiger Erhöhung der Effizienz der einzelnen Maßnahmen zum Scheitern verurteilt.

Bei alledem ist die Verringerung der Investitions- und der Leistungsanreize zu beachten, die hervorgerufen werden, wenn Steuern und Abgaben erhöht werden müssen, um die Staatstätigkeit zu finanzieren. Die Finanzpolitik hat sich das Ziel gesetzt, hier eine deutliche Kehrtwende zu vollziehen; das Steuersystem soll reformiert, steuerliche Ausnahmetatbestände sollen beseitigt, die Steuerbasis verbreitert, die Steuersätze kräftig gesenkt werden. Die Institute halten dieses Vorhaben für dringlich.

Gegenwärtig beträgt die Grenzbelastung der Einkommen mit Abgaben bereits für fast drei Viertel aller Erwerbstätigenhaushalte — unter Einrechnung der Sozialabgaben und des Solidaritätszuschlags — mehr als 40 vH (bezogen auf das Bruttoeinkommen), für etwa die Hälfte sogar mehr als 50 vH. Auch erhebt Deutschland mit 57 vH (einschließlich Solidaritätszuschlag) einen im internationalen Vergleich hohen Spitzensteuersatz; in den G7-Ländern ist dieser Satz lediglich in Japan größer. Auch ist der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne relativ hoch, nachdem viele Länder ihre Steuersätze gesenkt haben.

Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen, die die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer aushöhlen und damit hohe Steuersätze gewissermaßen erzwingen, sollten konsequent abgebaut werden. Zwar ist es richtig, daß die effektive Steuerbelastung in Deutschland durch solche Vergünstigungen und Regelungen erheblich gemildert wird; sie verzerren jedoch zugleich den Wettbewerb und führen zu Fehlallokationen. Ihre Beseitigung würde also die Wachstumskräfte stärken, und zugleich würde das Steuerrecht einfacher und transparenter, insbesondere auch für ausländische Investoren.

Die Gestaltung des Einkommensteuertarifs sollte sich an der individuellen Leistungsfähigkeit orientieren und damit auch distributiven Aspekten der Einkommensbesteuerung entsprechen; dem trägt der linear-progressive Tarif eher Rechnung als der teilweise geforderte Stufentarif. Außerdem führt der linear-progressive Tarif zu einem gleichmäßigen Belastungsanstieg, während es beim Stufentarif mit seinen Sprüngen in der Grenzbelastung zu problematischen Wirkungen kommen kann. Die Transparenz für den Steuerzahler über die Belastung seines Einkommens hängt im übrigen nicht von den Tarifformen ab; vielmehr ist entscheidend, daß es möglichst wenige steuerrechtliche Sonderregelungen und damit eine klare, einheitliche Bemessungsgrundlage gibt.

Soll die Steuerreform gelingen und die Belastung mit Abgaben insgesamt spürbar abnehmen, muß zunächst auf der Ausgabenseite und damit beim Staatsverständnis angesetzt werden. Im einzelnen geht es darum, die konsumtiven Ausgaben und die Subventionen einzuschränken, innerhalb der bestehenden Systeme der sozialen Sicherung Fehlanreize und damit verbundene Verschwendung zu verringern, die Systeme so umzugestalten und auf das Notwendige zu beschränken, daß sie auf Dauer funktionsfähig sind.

Im gegenwärtigen finanzpolitischen Handeln und in den Vorstellungen für die mittlere Frist findet sich zwar von allem etwas. Immer wieder kommt es aber auch zu Maßnahmen, die dem Ziel widersprechen, die Staatsquote und die Belastung mit Abgaben kräftig zurückzuführen. Gegenwärtig ist der wesentliche Grund, daß sich die Politik außer Stande sieht, den Referenzwert des Vertrags von Maastricht im kommenden Jahr allein durch Kürzungen bei den Ausgaben zu erreichen. Bereits seit 1992 werden Anstrengungen unternommen, das Defizit in den öffentli-

chen Haushalten zu verringern. In der Tendenz sind die staatlichen Ausgaben, trotz einzelner Bemühungen um eine zurückhaltende Politik, jedoch deutlich gestiegen, und Konsolidierungserfolge wurden letztlich über höhere Abgaben erreicht. Für das kommende Jahr sind wiederum Maßnahmen vorgesehen, mit denen der Ausgabenanstieg gedämpft werden soll, so in den Bereichen Personal, Arbeitsförderung und Gesundheit; das Sparpaket führt zu Einsparungen beim Staatsverbrauch und den sozialen Leistungen in Höhe von 12 Mrd. DM. Dennoch steigen die Ausgaben insgesamt wiederum merklich, wenn auch — unter Ausklammerung der Sonderfaktoren — weniger als 1996. Zwar werden auch Steuern gesenkt oder abgeschafft, und die Struktur des Steuersystems wird dadurch verbessert, daß die Vermögen- und die Gewerbesteuer abgeschafft werden; doch der wegen seiner großen Breitenwirkung — auch für viele kleine Unternehmen — bedeutsame Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer wird nicht verringert, und die Beiträge zur Sozialversicherung nehmen — bei einer kräftigen Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und einer leichten Senkung des Satzes zur Krankenversicherung — per saldo so erheblich zu, daß insgesamt gesehen die Abgabenquote unverändert hoch bleibt.

Im kommenden Jahr wird die Staatsquote⁴ leicht auf rund 50 vH sinken, denn das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um etwa eineinhalb Prozentpunkte rascher steigen als die Staatsausgaben. Der Staat wird damit rund 15 Mrd. DM weniger ausgeben als bei einer Quote, die der des Jahres 1995 entspricht. Dieser erste Schritt auf dem Weg, die Staatsquote wieder auf das Niveau zu Ende der achtziger Jahre, das bedeutet um weitere vier Prozentpunkte auf knapp 46 vH, abzusenken, ist freilich klein; denn bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr bedeutete eine solche Quote, daß die Staatsausgaben um rund 160 Mrd. DM oder knapp 10 vH geringer sein müßten.

Damit die Staatsquote bis zum Jahr 2000 so stark wie angestrebt sinken kann, muß der Ausgabenanstieg beträchtlich gedämpft werden. Zwar ist damit zu rechnen, daß sich das Wachstum der Wirtschaft erheblich beschleunigt, dennoch bleibt das Sparziel sehr ehrgeizig. Mangelnder Sparwille des Staates jetzt würde Signalwirkungen für die Unternehmen und die privaten Haushalte haben, die ihre Investitions-, Konsum- und Leistungsbereitschaft vermindern müßten.

Zwar ist ein erster Schritt zur Überwindung der Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft getan worden; weil die Finanzpolitik jedoch offenbar nicht die Kraft findet, das Budgetdefizit vor allem durch die Kürzung von Ausgaben zu vermindern, soll die zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland angekündigte nachhaltige Rückführung der Abgabenbelastung auf spätere Zeit verschoben werden. Die raschere Expansion der Wirtschaft seit dem Frühjahr dieses Jahres ist vor allem durch die Verbesserung der Konjunktur im Ausland und der monetären Rahmenbedingungen bestimmt. Für einen verstärkten Wachs-

tumstrend, der über den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,5 vH im kommenden Jahr hinausgeht, sind keine Anzeichen erkennbar. Gleichwohl wird sich die Haushaltslage auch konjunkturell bedingt künftig etwas entspannen, und aus diesem Grund und wegen der Belebung der Konjunktur wird sich die Gefahr ergeben, daß die Sparbemühungen nachlassen.

Deshalb sollten in der Finanzpolitik die mittelfristig für richtig gehaltenen Maßnahmen möglichst vorgezogen, der Ausgabenanstieg also stark gedämpft werden, um der Wirtschaft das frühzeitige Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad zu erleichtern und damit auch auf diese Weise die Verringerung des Defizits in den öffentlichen Haushalten voranzubringen. Die beabsichtigten umfangreichen Steuer- und Abgabensenkungen sollten also nicht als Krönung der finanzpolitischen Bemühungen verstanden werden, sondern als Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft rascher wachsen und die öffentlichen Finanzen nachhaltig gesunden können.

Für 1997 müßten — unter Berücksichtigung der bisher bekannten finanzpolitischen Maßnahmen — rund 15 Mrd. DM in den öffentlichen Haushalten zusätzlich eingespart werden, wenn dem Referenzwert des Vertrages von Maastricht entsprochen werden sollte. Für die kommenden Jahre scheinen die Hürden optisch zunächst höher, wenn die Sparziele erreicht werden sollen. Aus anderem Blickwinkel ist dies nicht so; die Politik muß eine Strategie des Nehmens und des gleichzeitigen Gebens verfolgen, also die Ausgaben wie die Abgaben senken. Damit eine solche Strategie erfolgreich umgesetzt werden kann, muß die Politik starke Selbstverpflichtungen eingehen, die nur bei Verlust an Glaubwürdigkeit umgestoßen werden können, oder Aufgaben, für die sie in Anspruch genommen wird, auf die Privaten verlagern und Eigenverantwortung verlangen. Für die Steuerreform und die Senkung der Abgaben sollte sie schon jetzt einen verbindlichen Fahrplan festlegen.

In der Gesundheitspolitik wird ein Versuch zu letzterem gewagt. Um die Krankenkassen dazu zu veranlassen, mit den Beitragseinnahmen wirtschaftlich umzugehen, überflüssige Leistungen zu streichen und damit zur Stabilisierung der Beitragssätze zur Krankenversicherung beizutragen, ist eine Reihe von Maßnahmen geplant: Beitragserhöhungen sollen künftig mit einer kräftigen Aufstockung der Selbstbeteiligung der Versicherten verknüpft, den Versicherten soll bei Anhebung der Beitragssätze ein Recht auf Kündigung und sofortigen Kassenwechsel eingeräumt, der Gestaltungsspielraum der Kassen bezüglich des Leistungsangebots erweitert werden. Außerdem sollen die Kassen künftig Regelungen für Beitragsrückerstattungen und erhöhte Zuzahlungen innerhalb einer Leistungsart

⁴ Die um Sonderfaktoren bereinigte Staatsquote beträgt 1995: 50,6 vH; 1997: 50,2 vH. Sie wurde hier um die auf Seite 700 in Fußnote 3 genannten Faktoren bereinigt; unbereinigt errechnet sich eine Staatsquote von 57,4 vH (1995) und von 49,8 vH (1997).

treffen dürfen. Durch die Stärkung der Eigenbeteiligung und die Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen werden Steuerungsdefizite im Gesundheitswesen verringert. Das ist innerhalb des jetzigen Systems eine Verbesserung, auch wenn viele kostentreibende Ineffizienzen in der ambulanten und stationären Versorgung fortbestehen und der Wettbewerb zwischen den Anbietern weiterhin unzureichend sein wird. Die Maßnahmen bedeuten aber nicht den dringend erforderlichen Wechsel zu einem marktwirtschaftlichen Gesundheitssystem. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen expandiert in allen hochentwickelten Ländern kräftig, und es machte keinen Sinn, die Ausgaben dafür zu begrenzen, wenn die Zahlungsbereitschaft da ist. Probleme entstehen jedoch dann, wenn, wie innerhalb des deutschen Gesundheitswesens, die individuelle Inanspruchnahme der Leistungen weitgehend von der Höhe der Beitragszahlungen der einzelnen entkoppelt ist, die Ärzte und die Krankenhäuser als Anbieter zugleich über die Ausweitung der Nachfrage mitbestimmen können, die Lohnnebenkosten mit den Beiträgen steigen. Immerhin belegen die Maßnahmen in der Gesundheitspolitik beispielhaft, daß sich der Staat — schrittweise — aus bisher besetzten Feldern zurückziehen kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Lohnpolitik

In West- wie in Ostdeutschland sind die tariflich vereinbarten Verdienste in diesem Jahr deutlich langsamer gestiegen als 1995. Für Westdeutschland betrugen die jahresdurchschnittlichen Lohnerhöhungen gut 2 vH nach fast 4½ vH im vergangenen Jahr. In Ostdeutschland stiegen sie nochmals um nahezu 6 vH, nachdem sie in den beiden Jahren zuvor um etwa 9 vH angehoben worden waren. Im nächsten Jahr dürfte sich die Abschwächung des Lohnanstiegs in den alten und den neuen Bundesländern fortsetzen. In den westlichen Tarifbezirken dürften die Lohnzuwächse unter 2 vH liegen, in den östlichen sind infolge einer Reihe schon vereinbarter Anpassungsschritte nochmals etwa 4 vH zu erwarten. Angesichts der deutlichen Verlangsamung des Wachstums der Produktion in Ostdeutschland gleichen sich die Zuwächse bei der Arbeitsproduktivität allerdings sehr viel stärker an als die der Löhne. Nachdem 1994 die Produktivität in Ostdeutschland noch um über 8 vH und im Vorjahr immerhin noch um gut 6 vH gestiegen war, ist 1996 und 1997 eine weitere deutliche Verlangsamung angelegt. Dagegen sind in Westdeutschland im Zuge der konjunkturellen Belebung in diesem wie im nächsten Jahr Produktivitätssteigerungen von etwa 3 vH wahrscheinlich.

Die Lohnstückkosten, d.h. die Lohnkosten je Einheit des zu erarbeitenden Bruttoinlandsprodukts, werden 1997 in den alten Bundesländern — nach 1994 — erneut sinken. In den neuen Bundesländern werden sie dagegen wiederum um etwa 1 vH steigen. Seit 1994 haben sich die Lohnstückkosten in Ostdeutschland damit jeweils mehr erhöht als im Westen. Die Preise für den weit überwiegenden Teil der in

Ost und West produzierten Güter haben sich dagegen angeglichen und lagen zuletzt insgesamt nur noch um etwa 1½ vH über dem Vorjahreswert. Das Auseinanderlaufen der Lohnstückkosten bedeutet folglich, daß die Gewinne der Unternehmen in den alten Bundesländern, pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts gerechnet, gegenüber denen in den neuen Bundesländern kräftig zunehmen, und dies, obwohl in Ostdeutschland von Anfang an die Gewinnsituation der Unternehmen das entscheidende Hindernis für eine rasche Transformation war.

Die Wirtschaft in Westdeutschland war in den siebziger Jahren gekennzeichnet gewesen von einer massiven Umverteilung der Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer. Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich das grundlegend geändert. Die Reallöhne sind — mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1993 — immer weniger stark gestiegen als die Arbeitsproduktivität. In Ostdeutschland war das System der zentralgelenkten Planwirtschaft, wie alle Systeme dieser Art, von einer zurückgestauten Inflation gekennzeichnet. In einem solchen System sind die Lohnkosten, worauf die Institute schon Anfang 1990 hingewiesen haben, überhöht, weil der Staat mit Hilfe hoher nominaler Löhne und niedriger Preise den Eindruck zu vermitteln versucht, die Realeinkommen seien hoch. Wegen zu geringen Ertrags für die Betriebe und ungeeigneter Anreizmechanismen ist das Güterangebot auf den Märkten aber weit geringer als die vorgeblich vorhandene Kaufkraft der Bevölkerung. Der sichtbare Ausdruck dessen sind Käufer-schlangen in den Geschäften oder lange Wartezeiten für begehrte Produkte. Eine der zentralen Aufgaben der Transformation in ein marktwirtschaftliches System war es daher, durch ein Zurückbleiben der Reallöhne hinter der Produktivität für das Entstehen von Gewinnen zu sorgen.

Diese unumgängliche Korrektur der Verteilung hat bis heute nicht stattgefunden. Wie das Schaubild zeigt, hat sich der Abstand zwischen Löhnen und Produktivität in Ostdeutschland seit 1991 nur geringfügig erhöht. Dort besteht eine Relation von 1:1,3 zwischen Lohnkosten und Produktivität, in Westdeutschland beträgt die entsprechende Relation 1:1,7. Nur wenn es in Ostdeutschland zu einer durchgreifenden Korrektur in Richtung einer Relation wie im Westen kommt, kann ein sich selbst tragender Aufschwung erwartet werden. Erst dann kann ein Abbau der Transfers möglich sein.

Die Herstellung einer Lohnkosten-Produktivitäts-Relation, wie sie in den westlichen Industrieländern üblich ist, garantiert allerdings keineswegs ein Aufholen der ostdeutschen Wirtschaft, sondern lediglich deren Anschluß an die Dynamik des Westens. Selbst wenn es also zu einem Umdenken bei den Tarifpartnern dort kommt, ist immer noch der Staat gefordert, Investitionsanreize für ein Engagement in Ostdeutschland zu setzen.

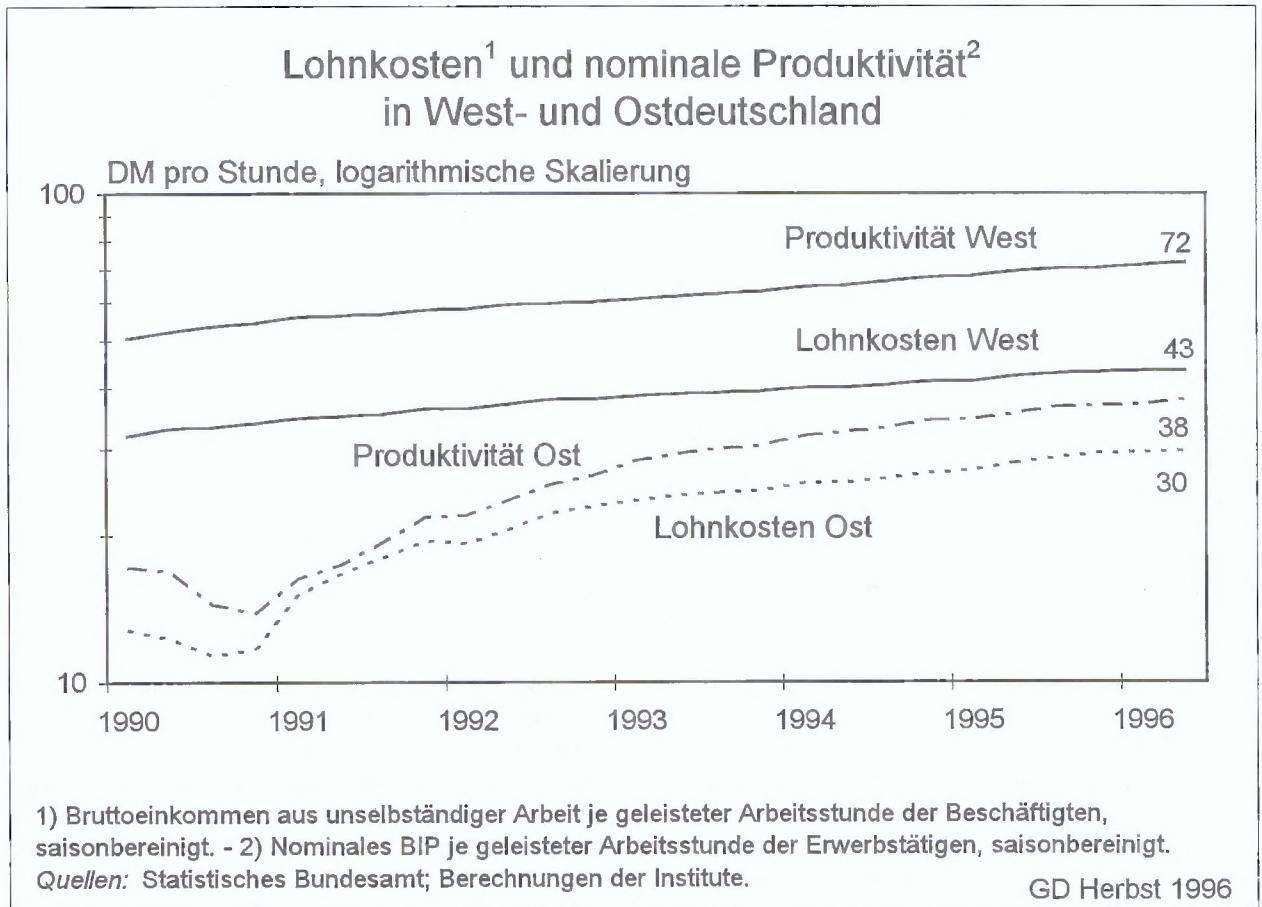
Kommt es nicht zu einer raschen Korrektur dieser fundamentalen Fehlentwicklung bei den Löhnen, bleibt ein Großteil der jetzt gegebenen Hilfen ohne durchgreifende Wirkung. Die Probleme ostdeutscher Unternehmen beim Marktzugang, die besondere Anfälligkeit kleiner und mitt-

lerer Unternehmen, die hohe Zahl der Konkurse, die allgemein dünne Eigenkapitaldecke oder die Abhängigkeit von westlichen Muttergesellschaften, alle diese Phänomene sind letztlich Folge des übergreifenden Problems „zu hohes Lohnniveau“ und daher ohne dessen Lösung nicht mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen. Jede Aufstockung der Hilfen für Ostdeutschland, die die Wirtschaftspolitik ins Auge faßt, muß daher, wie die Institute immer wieder betont haben, an eine Zusage der Tarifpartner zu einer lohnpolitischen Kehrtwende gekoppelt werden.

Das Verhältnis der Löhne und der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, daß ein Land mit hohen Löhnen von vornherein keineswegs Nachteile im internationalen Handel haben muß, wenn das Lohnniveau so mit dem Produktivitätsniveau korrespondiert, daß im Wettbewerb auskömmliche Gewinne erzielt werden. Auch hohe Lohnsteigerungen sind zu verkraften, wenn die Produktivität in ähnlichem Tempo zunimmt. An Wettbewerbsfähigkeit verliert die Mehrzahl der Unternehmen eines Landes erst, wenn die Lohnzuwächse über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, dies aber bei den Handelspartnern nicht der Fall ist.

In der Öffentlichkeit wird häufig vermutet, daß die Löhne in Deutschland generell sinken müssen, um mit Ländern, wie denen in Osteuropa und in Südostasien, konkurrieren zu können, deren Löhne noch weit unter dem Niveau in Ostdeutschland liegen. Das ist ein Fehlschluß. Auch Länder mit großen Abständen beim Nominal- und Reallohn können frei miteinander handeln. Das Prinzip des internationalen Handels ist es ja gerade, daß jede Region ihre spezifischen Vorteile nutzen kann, solange sie die Regel „Lohnsteigerung = Produktivitätssteigerung“ nicht verletzt. Entwicklungsländer exportieren normalerweise Produkte, deren Herstellung wenig spezialisiertes Wissen verlangt, wie Rohstoffe und Güter, die besonders kostengünstig mit gering qualifizierten Arbeitskräften hergestellt werden können. Weil die ärmeren Länder nicht über einen hochentwickelten Kapitalstock — und damit hohe Arbeitsproduktivität — verfügen, können sie nicht auf der ganzen Breite der Produktpalette, die am Weltmarkt gehandelt wird, mit den Industrieländern konkurrieren. Folglich importieren sie vorwiegend Produkte aus den entwickelten Ländern, die dem Aufbau ihres eigenen Kapitalstocks dienen.

Schaubild 4



Diese Überlegungen gelten auch für die Konkurrenz aus Mittel- und Osteuropa. Die mittel- und osteuropäischen Reformländer sind in kurzer Zeit zu einem wichtigen Handelspartner der Bundesrepublik geworden. Ihr Anteil am deutschen Export ist 1996 mit rund 8½ vH schon jetzt größer als der von Nordamerika. Aber auch dieser Handel ist trotz beeindruckender Lohndifferenzen keine Einbahnstraße. Deutschland exportierte in diese Länder seit der Öffnung der Grenzen regelmäßig sehr viel mehr als es importierte. Dabei spiegeln die Anteile der Produktgruppen exakt das zu erwartende Muster wider. Deutschland etwa wies 1994 einen Überschuß der Importe bei bergbaulichen Erzeugnissen und Grundstoffen von 12 Mrd. DM auf, gleichzeitig aber einen Überschuß der Exporte von 16 Mrd. DM bei Investitionsgütern. Es ist bezeichnend, daß dieser Handel fast ausschließlich westdeutschen Produzenten zugute kommt. Die ostdeutsche Industrie hat trotz ihrer oft vermuteten traditionellen Vorteile im Osthandel bisher Anteile auf diesem Markt verloren. Das zeigt auch, daß die vielfach beklagten monopolistischen Strukturen im Westen viel weniger für die mangelnden Erfolge ostdeutscher Unternehmen verantwortlich sind als deren allgemein zu geringe Wettbewerbsfähigkeit.

Der internationale Strukturwandel vollzieht sich unter den Bedingungen offener Märkte auf eine Art und Weise, die häufig zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Im freien Wettbewerb zwischen Unternehmen aus Ländern mit sehr hohen Löhnen und solchen mit extrem niedrigen verlieren die Länder an der Spitze der Lohnpyramide dauernd Teile ihrer Produktion an die Niedriglohnländer. Das geschieht sowohl auf dem Wege der direkten Verdrängung von Produzenten in den Hochlohnländern durch Importe aus den aufholenden Ländern als auch durch Verlagerung der Produktionen von einem Hochlohnland in ein Niedriglohnland und den Einsatz von Maschinen und Anlagen dort. Gleichzeitig gewinnen sie aber neue Märkte.

Für die traditionellen Hochlohnländer bedeutet der Aufholprozeß der Schwellenländer dennoch notwendigerweise, daß sie Marktanteile verlieren. Ohne einen Verlust an Marktanteilen bei den traditionellen Anbietern gibt es kein Aufholen. Das ist im Grunde nicht problematisch. Die Dynamik des Gesamtsystems ermöglicht allen Teilnehmern hohe Zuwächse an Realeinkommen, auch wenn sich die relativen Positionen verschieben. Gelingt den Niedriglohnländern aber der Einstieg in einen Aufholprozeß, bilden sie allmählich selbst mehr und mehr Kapital über steigende Gewinne der Unternehmen und über eine zunehmende Sparquote der Arbeitnehmer. Mit dem Aufholen beim Kapitalstock und bei der Produktivität steigen nämlich in diesen Ländern auch die Löhne; die Rolle des Niedriglohnlandes wird von anderen übernommen.

In Zeiten langandauernder Arbeitslosigkeit und einer Stagnation der Realeinkommen wird die internationale Arbeitsteilung regelmäßig zu einem wirtschaftspolitisch diskutierten Problem in den Hochlohnländern. Ebenso regelmäßig ist es aber nicht der internationale Struktur-

wandel, der für Schwierigkeiten verantwortlich zu machen ist, sondern das eigene wirtschaftspolitische Versagen. Die Globalisierung und Internationalisierung von Handel und Produktion ist gesamtwirtschaftlich gesehen immer Chance und nicht Gefahr. Allerdings fordert eine fortschreitende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung — wie jeder Strukturwandel — Flexibilität bei Unternehmen und Arbeitnehmern. Je größer die Anpassungsbereitschaft des einzelnen ist, um so höher sind die Gewinne aus dieser Arbeitsteilung. Das gilt für die berufliche Qualifikation in gleicher Weise wie für die regionale und sektorale Mobilität.

Es ist für ein Hochlohnland keine geeignete Strategie zu versuchen, den Platz an der Spitze der „Lohnhierarchie“ zu räumen und durch Lohnsenkung den Wettbewerbsdruck der aufholenden Länder zu vermindern. Man begibt sich mit einer solchen Strategie der Chance, temporäre Monopolgewinne aus neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren zu erzielen, die vorwiegend an der Spitze des Strukturwandels anfallen. Nimmt man solche Chancen nicht wahr, wird sich auch die Produktivität früher oder später verringern. Sinkende Löhne und sinkende Produktivität vermindern den Wettbewerbsdruck aber nicht, da auch die anderen Plätze in der Lohnhierarchie besetzt sind; man konkurriert dann um andere Produkte, aber der Wettbewerb ist nicht weniger scharf.

Geldpolitik

Die Geldmenge M3 ist in der ersten Jahreshälfte außerordentlich kräftig gestiegen; auf Jahresrate hochgerechnet betrug das Expansionstempo (in den letzten sechs Monaten) reichlich 10 vH. Sie lag damit deutlich oberhalb des von der Bundesbank angestrebten Zielpfades. Dennoch hat die Deutsche Bundesbank Mitte April den Diskont- und den Lombardsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 2,5 % bzw. 4,5 % gesenkt. Um angesichts der noch schwachen Konjunktur und des günstigen Preisklimas weiterhin Zinssenkungserwartungen am Leben zu erhalten, hat sie den geldpolitisch besonders bedeutsamen Wertpapierpensionssatz zunächst unverändert bei 3,3 % gehalten. Erst Ende August, als sich die laufende Expansionsrate von M3 auf rund 7 vH verlangsamt hatte, wurde er in einem deutlichen Schritt auf 3,0 % ermäßigt. Die langfristigen Zinsen haben sich seit Ende August deutlich zurückgebildet; mit 5,3 % erreichte die Umlaufrendite Mitte Oktober einen im längerfristigen Vergleich sehr niedrigen Wert. Gemessen an der aktuellen Preissteigerungsrate sind die Realzinsen im kurzfristigen Bereich mit rund 1,5 % so niedrig wie in vergleichbaren vergangenen Konjunkturphasen. Gemessen an der aktuellen Preissteigerungsrate sind die realen Kapitalmarktzinsen noch höher, als sie es vor Beginn des Aufschwungs 1994 waren. An den Kapitalmärkten wird auf die mittlere Sicht aber wohl eher mit einer leichten Verstärkung als mit einer weiteren Verlangsamung des Preisauftriebs gerechnet. Berücksichtigt man dies, so ist

der langfristige Realzins gegenwärtig nicht als Hemmnis für eine Fortsetzung des Aufschwungs anzusehen. Gegenwärtig deuten die Indikatoren darauf hin, daß von der Geldpolitik eindeutig anregende Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen.

Stützend auf die Konjunktur wirkt ferner, daß die D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Verlaufe dieses Jahres an Wert verloren hat. Dazu hat wohl maßgeblich beigetragen, daß das Zinsgefälle zwischen Dollar- und D-Mark-Anlagen etwas größer geworden ist. Anders als die Bundesbank sah die amerikanische Notenbank angesichts des erreichten hohen Niveaus der Kapazitätsauslastung keine Spielräume für weitere Zinssenkungen, es wurde sogar erwogen, die Zinsen etwas anzuheben, um so frühzeitig einer konjunkturell bedingten Verstärkung des Preisauftriebs entgegenzuwirken.

Unter den Komponenten der Geldmenge M3 wurden im Verlauf dieses Jahres neben den Sichteinlagen vor allem die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist sehr kräftig ausgeweitet. Dies ist darauf zurückzuführen, daß darin enthaltene Sondersparformen an Attraktivität gewonnen haben. So bekommen die Sparer häufig einen Zuschlag zur Verzinsung, wenn sie die Einlage länger als drei Monate halten. Die starke Erhöhung der kurzfristigen Spareinlagen ging dabei nicht nur zu Lasten von längerfristigen Anlageformen, die wie Sparbriefe und Bankschuldverschreibungen nicht in M3 enthalten sind, sondern auch zu Lasten von kurzfristigen Termineinlagen, die Bestandteil von M3 sind. Der Anreiz für die Banken, die gesetzlichen Spareinlagen auszuweiten, resultiert vor allem aus vergleichsweise niedrigen Mindestreserveverpflichtungen. Für die Anleger bieten die Sondersparformen gerade in der jetzigen Zeit gewichtige Vorteile: Sie sind rasch verfügbar, werfen einen relativ hohen Ertrag ab und beinhalten kein Kursrisiko.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte die Geldmenge M3 wohl in dem gleichen Tempo — d.h. langsamer als zu Jahresbeginn — ausgeweitet werden. Dämpfende Effekte durch eine deutlich verstärkte Geldkapitalbildung sind angesichts des gegenwärtig erreichten niedrigen Niveaus der Kapitalmarktzinsen wenig wahrscheinlich. Damit wird die Geldmenge M3 am Jahresende wohl größer sein als von der Bundesbank mit dem Zielkorridor von 4 bis 7 vH angestrebt. Nach Ansicht der Institute besteht trotz dieser Zielüberschreitung jedoch kein Anlaß zur Besorgnis. Die überaus kräftige Expansion der Geldmenge in diesem Jahr ist zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen, daß wegen befürchteter Kursverluste bei langfristigen Anlagen die Bildung von risikolosen kurzfristigen Anlagen bevorzugt wurde. Im vergangenen Jahr waren umgekehrt in starkem Maße kurzfristige — in M3 enthaltene — Anlagen in dort nicht enthaltene längerfristige Anlageformen umgewandelt worden; dies hatte eine nur geringe Ausweitung von M3 zur Folge.

Aus dem genannten Grund hatten die Institute im Herbstgutachten 1995 empfohlen, das Geldmengenziel für das

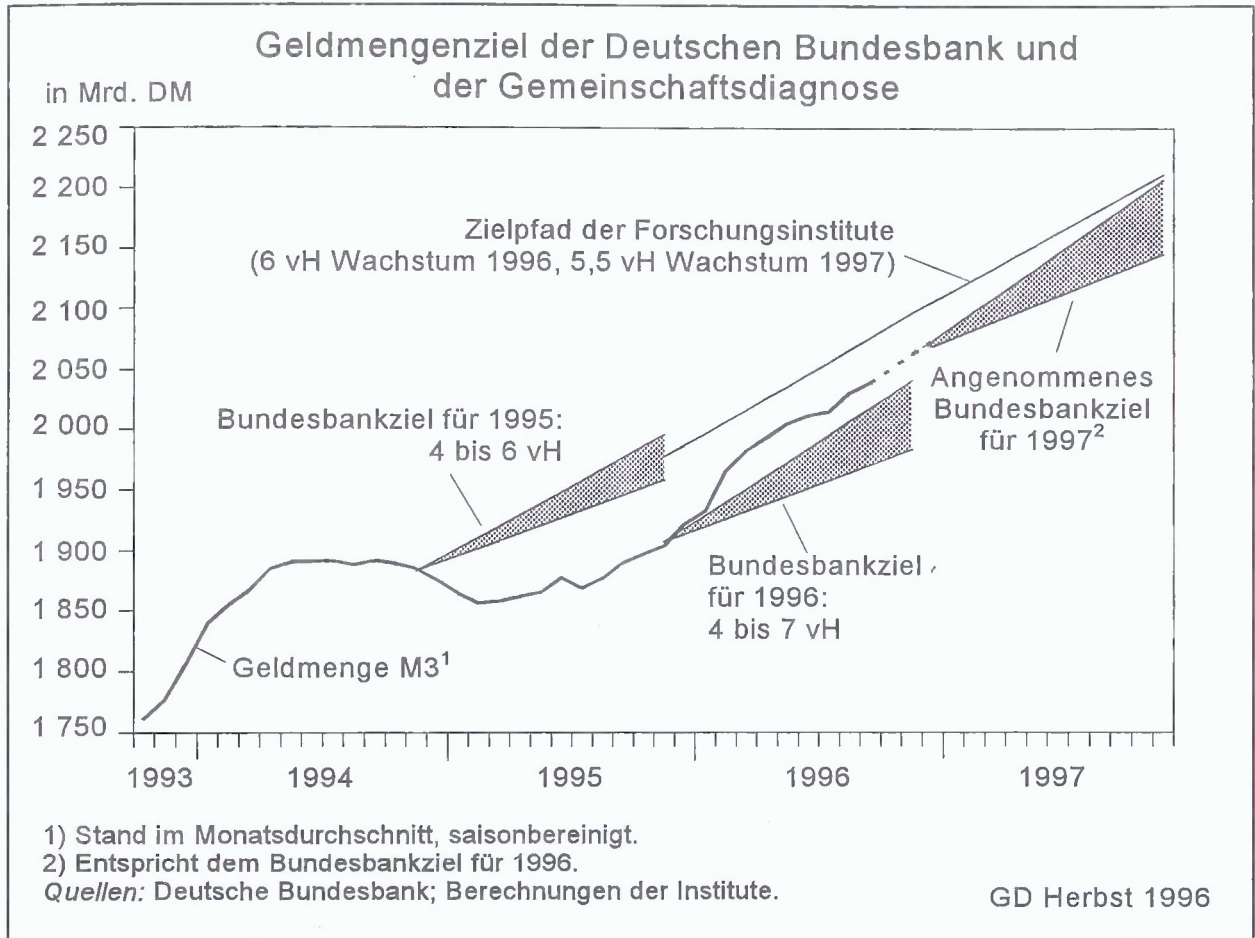
Jahr 1996 nicht an dem Ende 1995 tatsächlich erreichten Wert von M3, sondern in der Mitte des für 1995 angestrebten Korridors anzusetzen. Orientiert man sich an dem von den Instituten empfohlenen Referenzpfad, so liegt die Geldmenge M3 trotz der starken Zunahme im Jahresverlauf am Ende des Jahres sogar noch leicht unterhalb des angestrebten Wertes. Bei der Überprüfung des Geldmengenziels Mitte dieses Jahres hat auch die Bundesbank festgestellt, daß auf längere Sicht das Geldvolumen trotz der Beschleunigung Anfang 1996 durchaus potentialgemäß gewachsen ist.

Bei der Berechnung der anzustrebenden Zuwachsrate der Geldmenge M3 für das Jahr 1996 hatten die Institute eine Wachstumsrate des Produktionspotentials von 3 vH, eine tolerierbare Zunahme des Preisniveaus um 2 vH sowie einen Zuschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Höhe von einem Prozentpunkt zugrundegelegt; insgesamt wurde somit eine Ausweitung der Geldmenge um 6 vH als potentialgerecht angesehen. Aus heutiger Sicht ergibt sich für das Geldmengenziel für das kommende Jahr nur bezüglich der Zunahme des Produktionspotentials Revisionsbedarf; die Institute schätzen nunmehr seine Expansion in den neuen Bundesländern als merklich niedriger ein. Aus diesem Grund wird für das mögliche Wachstum des gesamtdeutschen Produktionspotentials nur noch eine Rate von 2,5 vH angenommen; entsprechend vermindert sich der potentialgerechte Zuwachs der Geldmenge M3 auf 5,5 vH. Berechnungen zeigen, daß das Produktionspotential gegenwärtig etwas schwächer wächst. Darin spiegeln sich jedoch wohl auch konjunkturelle Einflüsse wider. So hat sich der Kapitalstock infolge der insgesamt verhaltenen Investitionstätigkeit etwas schwächer erhöht als zuvor. Die Geldpolitik sollte sich an der mittelfristigen Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten orientieren.

Die Bundesbank geht bei der Wahl des Bezugspunktes für ihr Geldmengenziel traditionell von dem tatsächlich erreichten Wert der Geldmenge im vierten Quartal aus. Wie bereits beschrieben, ist dieser Ausgangswert für das Geldmengenziel 1997 etwas unterhalb des potentialgerechten Pfads, den die Institute empfehlen. Der Unterschied ist freilich deutlich weniger ausgeprägt als im vergangenen Jahr. Unter der Annahme, daß die Notenbank erneut einen Korridor von 4 bis 7 vH ankündigt, läge Ende 1997 der obere Rand dieses Korridors sehr nahe bei dem von den Instituten empfohlenen Zielpfad.

Gegenwärtig erscheinen aus der Sicht der Institute weder zinssenkende noch zinserhöhende Maßnahmen nötig. Sollte jedoch im Zuge der sich fortsetzenden konjunkturellen Erholung die Geldmenge M3 nachhaltig über den angemessenen Zielpfad hinausgehen, darf die Notenbank nicht zögern, ihre Zinsen etwas anzuheben. Wenn mit solchen vorsichtigen Zinsanhebungen lediglich die Geldmenge auf den potentialorientierten Pfad zurückgeführt wird, besteht keine Gefahr für eine frühzeitige Beendigung des Aufschwungs.

Schaubild 5



Zur Europäischen Währungsunion

Die Institute haben sich in den Diagnosen vom Frühjahr dieses und vom Herbst des vergangenen Jahres ausführlich mit der künftigen Europäischen Währungsunion (EWU) befaßt, die zum 1. Januar 1999 anfangen soll⁵. Sie haben auf die Gefahr verwiesen, daß es vor deren Beginn zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten kommen könne, wenn die Marktteilnehmer im Ungewissen über für sie wichtige Umstände gelassen würden. Deshalb haben die Institute unter anderem angemahnt, möglichst rasch klarzustellen, wie die Vorgehensweise bei der Umstellung der nationalen Währungen auf das gemeinsame Geld sein soll, vor allem, wie die Wechselkurse bestimmt werden sollen, die mit Beginn der Währungsunion unwiderruflich festgelegt werden. Sie haben betont, daß noch verschiedene Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit die gemeinsame europäische Währung wertstabil ist. Sie haben insbesondere die Besorgnis hervorgehoben, schon im Vorfeld könne Vertrauen verloren gehen, wenn die Modalitäten offen blieben, die letztlich zur Teilnahme an

der Währungsunion berechtigen. So läßt der Vertrag von Maastricht die Interpretation zu, daß die finanzpolitischen Referenzwerte, ein Defizit in den öffentlichen Haushalten von 3 vH und einen Stand der öffentlichen Schulden von 60 vH, jeweils im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, bei Eintritt in die Währungsunion überschritten sein dürfen. Je nach Auslegung könnte die Währungsunion demnach mit einem recht unterschiedlichen Kreis von Ländern beginnen; ihr Anfang könnte sogar noch verschoben werden, wenn sich nicht genügend viele oder bestimmte Länder nicht für die Teilnahme qualifizieren.

Die Institute haben herausgestellt, wie wichtig die Stabilität der öffentlichen Finanzen für den Erfolg der künftigen Währungsgemeinschaft ist. Im Vertrag von Maastricht ist jedoch nur ein schwacher Sanktionsmechanismus für den Fall vorgesehen, daß Länder nach Eintritt in die Währungs-

⁵ Genauer: Beginnen soll zu diesem Termin die dritte Stufe der EWU. Weil sie die entscheidende Stufe ist, wird im folgenden gleichwohl von dem Eintritt in die EWU und von der EWU gesprochen, wenn die dritte Stufe gemeint ist.

union Defizite in den öffentlichen Haushalten aufweisen, die größer als der dann zwingend vorgeschriebene Referenzwert sind. Hinsichtlich des Standes der öffentlichen Schulden enthält der Vertrag sogar keinerlei Sanktionen bei Überschreiten des betreffenden Referenzwertes. Er bestimmt lediglich, daß bei Eintritt in die Währungsunion der Referenzwert nicht übertroffen werden darf, es sei denn, das Verhältnis des Schuldenstandes zum Bruttoinlandsprodukt ist hinreichend rückläufig und nähert sich rasch genug dem Referenzwert an.

Im Falle Irlands und Dänemarks, die die Schuldenstandsquote deutlich verringert haben, den Referenzwert aber noch erheblich überschreiten, ist entschieden worden, daß sie den Finanzkriterien des Vertrages genügen. Andere Länder machen nun Anstrengungen, die Schulden ebenfalls zurückzuführen, um auf eine rückläufige Tendenz und hinreichend rasche Abnahme verweisen zu können. Die Institute halten es, wie sie bereits in dem Gutachten vom Frühjahr 1996 dargelegt haben, für dringend, daß die Anstrengungen zur Verringerung des Schuldenstandes nach Eintritt in die Währungsunion fortgesetzt werden. Denn hohe Schulden erschweren es, das Defizit in den öffentlichen Budgets niedrig zu halten, und sie signalisieren eine starke Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat zu Lasten der privaten Unternehmen und Haushalte und damit des wirtschaftlichen Wachstums. Deshalb wiederholen die Institute ihren Vorschlag, hinsichtlich des Schuldenstandes eine Selbstverpflichtung der künftigen Mitgliedsländer der EWU vorzusehen: „Sie sollte in einem konkreten Zeitplan für die Rückführung des Schuldenstandes auf den Referenzwert und in der Verpflichtung bestehen, zu diesem Zweck auch im Staatsbesitz befindliche Unternehmen und sonstiges Vermögen an Private zu veräußern.“

Die Institute halten es für unerläßlich sicherzustellen, daß das Defizit in den öffentlichen Haushalten den Referenzwert des Vertrags von Maastricht — er sieht allerdings gut begründete Ausnahmen für besondere Umstände vor — auch nach Eintritt in die Währungsunion nicht überschreitet. Daraus ergibt sich, daß der Fehlbetrag in den laufenden Haushalten so gering gehalten werden muß, daß er auch in konjunkturellen Schwächephasen den Wert von 3 vH nicht übertrifft. Bereits in dem Gutachten vom Herbst des vergangenen Jahres sind verbindliche Sanktionen zur Erzwingung von Haushaltsdisziplin und für den Fall vorgeschlagen worden, daß das Defizit größer als der Grenzwert von 3 vH ist.

Von deutscher Regierungsseite ist dazu ein Stabilitätspakt in Verhandlungen auf der Ebene der Europäischen Union eingebracht worden; danach sollen automatisch je Prozentpunkt, um den das Defizit den Referenzwert übersteigt, und je Jahr ein Betrag in Höhe von 0,25 vH des Bruttoinlandsprodukts zinslos bei der Kommission hinterlegt werden. Diese Stabilitätseinlage verfielen, falls im dritten Jahr hintereinander der Referenzwert nicht eingehalten würde, und eine neuerliche Einlage würde fällig. Die

Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat nun ihrerseits einen Vorschlag zu einem Stabilitätspakt vorgelegt. Danach soll zunächst das im Vertrag von Maastricht vorgesehene Verfahren zur Feststellung eines übermäßigen Defizits präzisiert und verkürzt sowie ein Frühwarnsystem eingerichtet werden. Hat der Rat entsprechend Art. 104c (7) EG-Vertrag mit qualifizierter Mehrheit entschieden, daß ein Mitgliedstaat ein solches Defizit aufweist, so richtet er zunächst an den betreffenden Mitgliedstaat „Empfehlungen mit dem Ziel, der Lage innerhalb einer bestimmten Frist abzuhelpen“ (104c (7)). Folgt der Mitgliedstaat den Empfehlungen nicht, so kann der Rat letztlich beschließen, daß innerhalb einer weiteren Frist „Maßnahmen für den nach Auffassung des Rates erforderlichen Defizitabbau“ zu treffen sind (104c (8)). Befolgt der Mitgliedstaat den Beschluß nicht, so kann der Rat Sanktionen beschließen (104c (11)). Entsprechend dem Vorschlag der Kommission (Artikel 4 und 5) soll die Zeit zwischen der Feststellung eines übermäßigen Defizits und der Verhängung von Sanktionen gegen ein unbotmäßiges Mitgliedsland höchstens zwölf Monate betragen; dieses ist immerhin eine Konkretisierung gegenüber dem EG-Vertrag, der die Länge der Fristen offen läßt.

Nach den Formulierungen in dem Vorschlag (Artikel 4) wird der Rat in der Regel entscheiden, Sanktionen gegen den betreffenden Mitgliedstaat zu verhängen, falls die Voraussetzungen nach Art. 104c (11) dafür vorliegen, und es würde dann, ebenfalls in der Regel, eine unverzinsliche Einlage des Mitgliedstaates verlangt werden (Artikel 7 des Vorschlags). Diese Einlage soll sich aus einer festen Komponente von 0,2 vH des Bruttoinlandsprodukts und einer variablen Komponente zusammensetzen (Artikel 8). Letztere soll sich auf ein Zehntel der Differenz zwischen dem aktuellen Defizit und dem Referenzwert bemessen. Insgesamt soll die Einlage jedoch 0,5 vH des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, weil sie sonst untragbar sei, zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit führe sowie kontraproduktiv werde. Die Einlage wird in der Regel nach zwei Jahren in eine Strafe umgewandelt werden, falls bis dahin aus der Sicht des Rates das exzessive Defizit nicht korrigiert worden ist (Artikel 9).

Der Vorschlag der Kommission geht hinter die deutschen Vorstellungen zurück. Die Begrenzung der Einlage auf maximal 0,5 vH des Bruttoinlandsprodukts bedeutet, daß Defizite keine zusätzliche Sanktion nach sich ziehen, wenn sie größer als 6 vH im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt werden. Zunehmende Disziplinlosigkeit würde also nicht geahndet. Vor allem sind keine automatischen Sanktionen vorgesehen. Das hängt jedoch damit zusammen, daß das Verfahren nach dem Vorschlag der Kommission im Grundsatz in die Vorgehensweise nach dem EG-Vertrag eingebunden ist; danach muß stets der Rat bestimmte Entscheidungen treffen. Hier liegt offenbar eine Schwäche auch bei dem deutschen Vorschlag; denn hier müßte ebenfalls zunächst vom Rat beschlossen worden sein, daß die Voraussetzungen des Art. 104c (11) EG-Vertrag gegeben sind.

Nachdem der Rat einen solchen Beschluß gefaßt hat, könnten dann allerdings anders als bei dem Vorschlag der Kommission, Sanktionen automatisch fällig werden, ohne darüber zusätzlich beschließen zu müssen. Zwar gäbe es mit dem Kommissionspakt eine bessere Plattform für stabilitätswillige Mitgliedstaaten der EWU, gegen stabilitätswidriges Verhalten anderer Maßnahmen zu verlangen, und dem Rat würde es — besonders auch gegenüber der Öffentlichkeit — wohl erschwert, grobe Verstöße gegen die Haushaltsdisziplin hinzunehmen. Aber für Sanktionen müßten auch Mehrheiten gefunden werden, und letztlich ist es — wie schon im EG-Vertrag — weiterhin in das Belieben des Europäischen Rates gestellt, ob und welche Maßnahmen er überhaupt ergreifen will. Damit ist die Gefahr groß, daß die Verfahren politisiert und Sanktionen zu einer Frage der Opportunität sowie zum Verhandlungsgegenstand werden. Daran ändert der deutsche Vorschlag grundsätzlich nichts; denn all dies würde nun in eine frühere Phase der Beschlußfassungen des Rates verlegt, also bevor der Automatismus greift. Eine Lösung für diese Problematik könnte wohl nur darin bestehen, mit der Feststellung eines übermäßigen Defizits sowie allen erforderlichen folgenden Beschlüssen, die schließlich zu automatischen Sanktionen führen, unabhängige Dritte zu betrauen.

Leicht denkbar ist, daß der Beginn der EWU zum 1. Januar 1999 mit einem Kreis von Ländern beschlossen wird, die nicht alle oder sogar in der Mehrzahl dem Referenzwert nicht genügen. Unter solchen Umständen wird es wohl kaum dazu kommen, daß Mitglieder des Rates sogleich Sanktionen gegen die Länder beschließen, für deren Finanzpolitik sie selbst die Verantwortung tragen.

Gerade weil sich die Gefahr abzeichnet, daß die Referenzwerte von Anfang an nicht eingehalten werden, ist ein verbindlicher Mechanismus erforderlich, damit glaubhaft werden kann, daß künftig finanzielle Solidität in der Union herrschen wird. Der Mechanismus sollte sogleich mit Eintritt in die Währungsunion einsetzen. Offenbar versuchen Länder nun zunehmend auch, Defizit und Schuldenstand durch verschiedene Manipulationen für das Jahr 1997, dessen finanzielle Werte maßgeblich für die Qualifikation zur Teilnahme an der Währungsunion sind, künstlich zu drücken. Weil die meisten Länder große Schwierigkeiten haben, die Referenzwerte einzuhalten, gibt es für solche Maßnahmen bei vielen anscheinend eine gewisse gegenseitige Toleranz. Auch dies belegt, wie groß die Versuchung ist, im Konsens gegen Intentionen des Vertrages zu verstoßen, wenn dies angebracht erscheint und möglich ist. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften als Hüterin der Verträge sowie das Europäische Währungsinstitut sollten solche Manipulationen nicht dulden.

Am ersten Tag der dritten Stufe der EWU werden die Wechselkurse zwischen den teilnehmenden Staaten unwiderruflich festgelegt. Der Maastricht-Vertrag läßt zwar offen, wie die Umstellungskurse der einzelnen Währungen zum ECU, der am Stichtag im Verhältnis eins zu eins auf den Euro umgestellt wird, zu bestimmen sind. Er schreibt

aber vor, daß sich der Außenwert des ECU durch die Umstellung nicht ändern darf. Der Beschluß, wie die Umstellungskurse ermittelt werden, wird voraussichtlich im Frühjahr 1998 zusammen mit der Entscheidung über die an der EWU teilnehmenden Länder gefaßt werden. Verhindert werden sollte, daß die Umstellungskurse allein in einem politischen Abstimmungsprozeß festgelegt und zum Verhandlungsgegenstand werden. Die Frage der Art der Festlegung der Umstellungskurse ist nicht rein technischer Natur, denn sie kann zumindest auf kurze Sicht Auswirkungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den einzelnen Ländern haben.

Folgende Verfahren zur Ermittlung der Umstellungskurse der nationalen Währungen zum Euro sind denkbar: Eine Stichtagsregelung, die Verwendung eines Durchschnitts aus vergangenen Wechselkursen der Währungen zum ECU oder eine allmähliche Einengung der EWS-Bandbreiten. Bei einer Stichtagsregelung werden die Währungsrelationen eines bestimmten Tages als Umrechnungskurse genommen. Dabei böte sich insbesondere der letzte Tag der zweiten Stufe an, da sich in diesem Fall der Außenwert des ECU nicht ändern würde. Ein anderer Tag wäre auch möglich, würde aber nicht automatisch zu einem konstanten Außenwert führen. Die Gefahr dieses Ansatzes liegt darin, daß es kurz vor dem Stichtag zu starken Schwankungen der Wechselkurse kommen kann und im Vergleich zu vor- oder nachgelagerten Perioden besonders hohe oder niedrige Kurse auf Dauer festgeschrieben werden.

Diese Gefahr ist bei Verwendung von Durchschnittskursen aus einem längeren Zeitraum deutlich geringer. Zudem dürften die Kursschwankungen nach der Bekanntgabe, daß ein solches Verfahren gewählt worden ist, im Zeitablauf kleiner werden: Je mehr Daten aus der Vergangenheit in die Berechnung der Durchschnittskurse eingehen, desto weniger werden die Devisenmarktteilnehmer bereit sein, davon abweichende aktuelle Kurse zu vereinbaren. Es würden sich somit de facto bereits vor Beginn der EWU die künftigen Umrechnungskurse am Markt herausbilden. In diesem Fall wäre zudem die Bedingung eines konstanten Außenwertes des ECU erfüllt. Bei diesem Verfahren stellt sich im wesentlichen die Frage, wie lang der gewählte Zeitraum für die Berechnung des Durchschnittskurses sein soll. Einerseits wäre ein langer Zeitraum hilfreich, da er die Erwartungen stabilisiert. Andererseits ergeben sich aus den besonderen Anstrengungen, die derzeit einige Länder zur Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages unternehmen, Rückwirkungen auf die Wechselkurse, die bei einem langen Zeitraum kaum Niederschlag bei der Festlegung der Umrechnungskurse finden.

Eine weitere Möglichkeit zur Festlegung der Umrechnungskurse stellt eine allmähliche Verengung der Bandbreiten um die EWS-Leitkurse nach Bekanntgabe der Teilnehmer der EWU dar. Die Leitkurse weisen allerdings zum Teil erhebliche Differenzen zu den Marktkursen auf, und die Notenbanken müßten unbegrenzte Interventionsverpflichtungen eingehen, um sie in den Bandbreiten zu hal-

ten. Dies käme einer faktischen Vorwegnahme der EWU gleich. Unter Umständen würden auch Kurse stabilisiert und bei Eintritt in die EWU der Umstellung zugrundegelegt, die von denen erheblich abweichen, die herrschten, wenn die Kurse vom Markt bestimmt würden.

Die Unsicherheit im Vorfeld der EWU hängt stark davon ab, ob es zu einer großen oder zu einer kleinen Währungsunion kommt. Eine kleine Lösung mit Ländern, deren Wechselkurse zum großen Teil ohnehin seit Jahren relativ unverändert sind, beinhaltet deutlich weniger Gefahren von Kursschwankungen als eine große mit Ländern, deren Währungen im Zusammenhang mit mehr oder weniger erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen vor Vollzug der EWU noch auf- oder abwerten könnten. Gerade bei der Frage, wie lang bei Durchschnittskursen der zugrundegelegte Zeitraum sein soll, kann dieser Aspekt wichtig sein. Verändert sich das Kursgefüge kaum, ist die Dauer des Zeitraums von untergeordneter Bedeutung.

Aufgrund der beschriebenen Nachteile einer Stichtagsregelung und der Einengung der Bandbreiten befürworten die Institute, bei der Ermittlung der Umstellungskurse auf den Euro einen Durchschnitt vergangener Marktkurse zu verwenden. So könnte im Frühjahr 1998 beschlossen werden, die Wechselkurse eines Zeitraums von ein bis zwei Jahren vor Beginn der Währungsunion in die Berechnung eingehen zu lassen. Der Vorteil dieses etwas längeren Zeitraums besteht darin, daß die geldpolitische Einflußmöglichkeit der einzelnen Länder auf den Umstellungskurs gering ist. Gleichzeitig können sich die Wechselkurse noch im Zuge des derzeit zu beobachtenden Konvergenzprozesses anpassen.

Gegenwärtig besteht auf den Finanzmärkten, aber auch in der Bevölkerung Skepsis darüber, ob der Euro ähnlich wertbeständig sein wird wie bestehende Währungen. Insbesondere in der Anfangsphase der Währungsunion werden die Finanzmärkte sehr sorgfältig beobachten, wie die Europäische Zentralbank (EZB) ihrer Verantwortung für die Stabilität des Geldwertes gerecht wird. In der schwierigen Anfangsphase wird viel davon abhängen, ob es der Notenbank gelingt, die Inflationserwartungen der Anleger gering zu halten. Es stellt sich daher die Frage, mit welcher geldpolitischen Strategie dies am ehesten gewährleistet werden kann.

Eine mögliche Strategie wäre, daß die EZB sich an dem bewährten Verhalten der Zentralbank, die die Leitwährungsposition im alten europäischen Währungssystem innehatte, nämlich der Bundesbank, orientiert und ein

Geldmengenkonzept vorlegt. Die Bedingungen dafür, daß ein solches Konzept auf die mittlere Sicht Erfolg verspricht, sind nicht schlecht. So könnte die für ein Geldmengenkonzept bedeutsame Stabilität der Geldnachfrage in einem europäischen Währungsraum, der die Kernländer umfaßt, auf längere Sicht, eventuell sogar größer sein als im Falle einzelner nationaler Währungen. Instabilitäten, die gegenwärtig noch aus Verlagerungen zwischen verschiedenen europäischen Währungen resultieren, würden entfallen.

In der Anfangsphase könnte eine rein geldmengenorientierte Politik jedoch Probleme aufwerfen. Es ist nämlich nahezu unmöglich abzuschätzen, wie sich die Euro-Geldmenge zunächst entwickeln wird. Beispielsweise wird es vorerst keine Euro-Banknoten geben. Damit ist durchaus zweifelhaft, ob die von einer einheitlichen Währung zu erwartende Reduzierung der Bargeldhaltung rasch zu beobachten sein wird. Ungewiß ist zudem, wie groß das Vertrauen der Anleger in Europa, aber auch in Drittländern, in die neue Währung sein wird. Hinzu kommt, daß sich im Zusammenhang mit der Einführung des Euro wichtige institutionelle Rahmenbedingungen verändern, die — wie beispielsweise Veränderungen im Zahlungsverkehr, im Spektrum der Anlageformen und im System der Mindestreserve — Einfluß auch auf das Anlageverhalten der Privaten haben können. Es ist daher nicht anzuraten, daß sich die EZB in der Anfangsphase bei ihren geldpolitischen Entscheidungen allein auf die Geldmengenentwicklung stützt. Geldpolitische Fehleinschätzungen aufgrund einer fehlerhaften Interpretation der Geldmengenentwicklung würden das Vertrauen in ein Geldmengenkonzept vermutlich nicht nur auf die kurze Frist, sondern auch dauerhaft beeinträchtigen.

Die Notenbank sollte daher ergänzend andere Indikatoren bei der Begründung ihrer geldpolitischen Maßnahmen heranziehen. Wegen der Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik müssen diese Indikatoren in einem engen Zusammenhang mit der künftigen Konjunktur- und Preisentwicklung stehen. So lassen sich etwa durch eine breite gesamtwirtschaftliche Analyse Inflationsgefahren frühzeitig erkennen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang zudem die sorgfältige Beobachtung der Finanzmärkte; so können beispielsweise die Entwicklung an den Terminkapitalmärkten oder die der Zinsstruktur Informationen darüber geben, wie die Inflationsgefahren von Seiten der Anleger eingeschätzt werden. Dabei ist es von großer Bedeutung, daß die Notenbank ihre Indikatoren und deren Interpretation offenlegt und es so den Marktteilnehmern ermöglicht, den künftigen Kurs der Geldpolitik abzuschätzen.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-0,3	-1,0	0,0	-1,0	-0,5	0,0	0,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-1,0	-0,5	-1,1	-1,0	-0,5	-0,5
Arbeitstage	-0,2	0,0	0,0	-0,2	0,5	-0,5	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,4	-1,5	-0,5	-2,2	-1,5	-1,0	-0,5
Produktivität ¹⁾	3,4	3,0	3,0	3,0	3,5	3,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,9	1,5	2,5	0,7	2,0	2,5	2,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 974,7	2 044,0	2 109,0	996,6	1 047,0	1 028,0	1 081,5
Staatsverbrauch	675,4	700,5	712,5	325,3	375,0	332,0	380,5
Anlageinvestitionen	750,7	737,5	751,5	348,0	389,5	359,5	392,0
Ausrüstungen	262,7	266,0	279,0	124,2	141,5	129,0	150,0
Bauten	488,0	471,5	472,5	223,8	248,0	230,5	242,0
Vorratsveränderung	27,7	24,5	39,5	24,6	0,0	30,0	10,0
Außenbeitrag	29,0	46,5	62,5	22,0	24,5	30,5	31,5
Ausfuhr	817,2	856,5	917,5	416,4	440,0	441,5	476,0
Einfuhr	788,2	810,0	855,5	394,4	415,5	410,5	444,5
Bruttoinlandsprodukt	3 457,4	3 552,5	3 675,0	1 716,5	1 836,0	1 779,5	1 895,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	3,5	3,0	3,5	3,5	3,0	3,0
Staatsverbrauch	3,9	3,5	1,5	5,0	2,5	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	2,9	-2,0	2,0	-4,2	0,5	3,5	0,5
Ausrüstungen	1,9	1,0	5,0	0,2	2,0	4,0	6,0
Bauten	3,5	-3,5	0,0	-6,6	-0,5	3,0	-2,5
Ausfuhr	7,7	5,0	7,0	3,4	6,0	6,0	8,0
Einfuhr	6,9	3,0	5,5	1,8	3,5	4,0	7,0
Bruttoinlandsprodukt	4,1	3,0	3,5	2,2	3,5	3,5	3,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 728,8	1 758,0	1 788,0	857,5	900,5	871,5	917,0
Staatsverbrauch	600,0	616,0	621,0	299,0	317,0	302,0	319,5
Anlageinvestitionen	677,8	664,5	671,5	313,7	351,0	321,5	350,0
Ausrüstungen	256,6	258,5	269,0	120,8	137,5	124,5	144,0
Bauten	421,2	406,0	403,0	192,8	213,5	197,0	206,0
Vorratsveränderung	31,7	28,0	43,5	26,1	1,5	32,0	11,5
Inlandsnachfrage	3 038,3	3 066,0	3 124,5	1 496,2	1 570,0	1 526,5	1 598,0
Außenbeitrag	-14,9	-2,0	12,0	-0,1	-2,0	7,0	5,5
Ausfuhr	788,5	822,0	869,5	400,6	421,5	420,5	449,0
Einfuhr	803,4	824,0	857,5	400,6	423,5	413,5	444,0
Bruttoinlandsprodukt	3 023,4	3 064,0	3 136,5	1 496,1	1 568,0	1 533,5	1 603,0
Nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	3 012,4	3 048,0	3 120,5	1 489,5	1 558,5	1 527,0	1 593,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,8	1,5	1,5	1,5	2,0	1,5	2,0
Staatsverbrauch	2,0	2,5	1,0	3,4	2,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,5	-2,0	1,0	-4,3	0,5	2,5	-0,5
Ausrüstungen	2,0	0,5	4,0	0,0	1,5	3,0	4,5
Bauten	1,2	-3,5	-1,0	-6,8	-0,5	2,0	-3,5
Inlandsnachfrage	2,1	1,0	2,0	0,4	1,5	2,0	2,0
Ausfuhr	5,9	4,5	6,0	2,8	5,5	5,0	6,5
Einfuhr	6,4	2,5	4,0	1,8	3,5	3,5	5,0
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	2,5	0,7	2,0	2,5	2,0
Nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	1,8	1,0	2,5	0,4	2,0	2,5	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	2,0	1,5	2,0	1,5	1,5	1,5
Staatsverbrauch	1,8	1,0	1,0	1,6	0,5	1,0	0,5
Anlageinvestitionen	1,4	0,0	1,0	0,1	0,5	0,5	1,0
Ausrüstungen	-0,1	0,5	1,0	0,2	0,5	0,5	1,0
Bauten	2,2	0,0	1,0	0,3	0,0	1,0	1,0
Ausfuhr	1,7	0,5	1,5	0,6	0,5	1,0	1,5
Einfuhr	0,5	0,0	1,5	-0,0	0,5	1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,5	1,0	1,5	1,5	1,0	1,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 875,7	1 907,5	1 946,5	892,1	1 015,5	910,5	1 036,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 513,4	1 533,0	1 557,0	718,1	815,0	728,5	829,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	973,4	1 002,5	1 005,5	473,1	529,0	473,0	532,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	744,3	786,5	844,5	400,1	386,5	433,5	411,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	663,6	699,5	756,5	355,2	344,5	389,5	367,0
Entnahmen ²⁾³⁾	614,4	643,5	687,0	332,1	311,5	350,5	336,5
Nichtentnommene Gewinne	49,2	56,0	69,5	23,1	32,5	39,0	30,5
Volkseinkommen	2 620,0	2 694,0	2 791,0	1 292,2	1 401,5	1 343,5	1 447,5
Abschreibungen	453,0	466,0	479,5	231,8	234,0	238,5	241,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	371,8	374,5	386,5	184,9	189,5	190,0	196,5
Bruttosozialprodukt	3 444,8	3 534,5	3 657,0	1 708,9	1 825,5	1 772,0	1 884,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,0	1,5	2,0	1,7	1,5	2,0	2,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,9	1,5	1,5	1,5	1,0	1,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	3,0	0,5	3,4	2,5	0,0	0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,4	2,5	1,5	2,8	2,0	1,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,6	4,0	0,5	4,7	3,5	0,0	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,4	5,5	7,5	2,9	8,5	8,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,4	5,5	8,0	2,1	9,0	9,5	6,5
Entnahmen ²⁾³⁾	3,2	5,0	6,5	5,3	4,0	5,5	8,0
Volkseinkommen	4,7	3,0	3,5	2,0	3,5	4,0	3,5
Abschreibungen	3,9	3,0	3,0	3,0	2,5	3,0	3,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-1,1	0,5	3,0	-0,5	2,0	3,0	3,5
Bruttosozialprodukt	4,0	2,5	3,5	1,9	3,5	3,5	3,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	973,4	1 002,5	1 005,5	473,1	529,0	473,0	532,0
Übertragene Einkommen ⁴⁾	620,4	635,5	647,5	316,4	319,0	321,5	326,5
Entnahmen ²⁾	741,9	781,0	836,5	393,3	388,0	419,0	417,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	39,5	38,5	39,0	19,3	19,5	19,5	19,5
Geleistete Übertragungen ⁵⁾	62,9	67,5	68,5	34,5	33,0	34,0	34,5
Verfügbares Einkommen	2 233,2	2 313,0	2 382,0	1 128,9	1 184,0	1 160,0	1 222,0
Privater Verbrauch	1 974,7	2 044,0	2 109,0	996,6	1 047,0	1 028,0	1 081,5
Ersparnis	258,6	269,0	273,0	132,4	137,0	132,5	140,5
Sparquote (vH) ⁶⁾	11,6	11,5	11,5	11,7	11,5	11,5	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	3,0	0,5	3,4	2,5	0,0	0,5
Übertragene Einkommen ⁴⁾	5,6	2,5	2,0	3,1	2,0	1,5	2,0
Entnahmen ²⁾	7,0	5,5	7,0	5,0	5,5	6,5	7,5
Verfügbares Einkommen	3,6	3,5	3,0	3,8	3,5	3,0	3,0
Privater Verbrauch	3,8	3,5	3,0	3,5	3,5	3,0	3,0
Ersparnis	2,6	4,0	1,5	6,2	2,0	0,0	3,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1992
DEUTSCHLAND

	1995	1996	1992	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	838,6	825,0	849,0	389,6	435,5	401,0	447,5
Sozialbeiträge	669,6	702,5	731,5	332,2	370,0	347,5	384,5
Erwerbseinkünfte	41,6	38,0	34,5	22,5	15,5	20,5	14,0
Sonstige Übertragungen	39,9	42,0	43,5	17,6	24,0	18,5	25,5
Vermögensübertragungen ⁸⁾ , Abschreibungen	38,8	42,5	44,5	20,9	21,5	21,0	23,5
Einnahmen insgesamt ⁸⁾	1 628,5	1 649,0	1 703,0	782,8	866,5	808,5	894,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	675,4	700,5	712,5	325,3	375,0	332,0	380,5
Zinsen	129,6	137,0	145,0	64,4	72,5	69,5	75,5
Laufende Übertragungen an	807,5	828,0	843,5	406,0	422,0	414,0	429,5
Private Haushalte	669,7	690,0	703,0	344,9	345,0	351,0	352,0
Unternehmen	78,3	77,5	78,5	28,6	49,0	32,0	46,5
Übrige Welt	59,5	60,5	62,0	32,6	28,0	31,0	31,0
Bruttoinvestitionen	86,7	81,5	81,5	35,3	46,5	36,5	45,5
Vermögensübertragungen ⁹⁾	51,9	46,0	47,0	16,0	30,0	17,5	29,5
Ausgaben insgesamt ⁹⁾	1 751,1	1 793,0	1 829,5	847,0	946,0	869,5	960,0
Finanzierungssaldo ⁸⁾⁹⁾	-122,6	-144,0	-126,5	-64,2	-79,5	-61,0	-65,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,4	-1,5	3,0	-2,3	-1,0	3,0	3,0
Sozialbeiträge	4,5	5,0	4,0	4,3	5,5	4,5	4,0
Erwerbseinkünfte	-21,6	-9,0	-9,5	-6,8	-12,0	-9,0	-10,0
Sonstige Übertragungen	2,9	5,0	4,5	3,3	6,0	4,5	4,5
Vermögensübertragungen ⁸⁾ , Abschreibungen	2,3	9,0	5,0	13,0	6,0	1,0	8,5
Einnahmen insgesamt ⁸⁾	3,0	1,5	3,5	0,8	1,5	3,5	3,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,9	3,5	1,5	5,0	2,5	2,0	1,5
Zinsen	14,6	5,5	6,0	1,6	9,5	8,0	4,0
Laufende Übertragungen an	5,8	2,5	2,0	3,3	2,0	2,0	2,0
Private Haushalte	6,2	3,0	2,0	3,7	2,5	2,0	2,0
Unternehmen	10,4	-1,0	1,0	-8,1	4,0	12,0	-5,0
Übrige Welt	-2,9	1,5	2,5	11,3	-7,5	-5,0	11,0
Bruttoinvestitionen	-3,3	-6,0	0,0	-9,6	-3,0	3,0	-2,0
Vermögensübertragungen ⁹⁾	12,7	-11,5	2,0	-18,6	-7,0	10,0	-2,0
Ausgaben insgesamt ⁹⁾	5,4	2,5	2,0	2,7	2,0	2,5	1,5

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. —

3) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — 4) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale private Übertragungen. — 5) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — 6) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 7) Gebietskörperschaften (einschließlich Bundeseisenbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds) sowie Sozialversicherung. — 8) Ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank (1995). — 9) Ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30,0 Mrd. DM (1995).

Quellen: Statistisches Bundesamt (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen der Institute; 2. Halbjahr 1996 und 1997: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. (3-428-07897-7). DM 96,— / öS 701,— / sFr 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Krengel. 124 S. 1994. (3-428-07993-0). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. (3-428-07992-2). DM 114,— / öS 832,— / sFr 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3-428-08001-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1.007,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 861,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1037,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehdnol. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schreitt, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304